

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1949

1 (28.10.1949)

BADISCHES VOLKSECHO

Verlag: Nordbadische Druck- und Zeitungsvertrieb G.m.b.H., Mannheim, S 3, 10, Fernruf Nr. 432 60. Redaktion: Mannheim, S 3, 10, Fernruf Nr. 413 85. Chefredakteur: Willy Grimm. Vertriebsstellen: Mannheim-Neckarstadt, Mittelstr. 38, Ruf 509 35, Heidelberg, Rohrbacher Str. 13-15, Ruf 2421/23 - 02, Karlsruhe, Amalienstr. 69, Ruf 4023, Pforzheim, Westliche 277, Ruf 2542, Weinheim, Hauptstr. 88, Ruf 2419.

Tagesausgabe

Erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis DM 2,50 einschl. Trägerlohn. Bei Postzustellung DM 2,30 zuz. DM -54 Zustellgebühr. Bankverb.: Allg. Bankgesellschaft Mhm. Kto.-Nr. 140 77. Stadt. Sparkasse Mhm. Kto.-Nr. 227. Postscheckamt Karlsruhe Kto.-Nr. 429 39. Anzeigenpreis: Siehe Anzeigenpreisliste 3. Anzeigen werden entgegengenommen in Mannheim, S 3, 10, Ruf 432 60, und in den Vertriebsstellen.

Jahrgang 1 / Nr. 1

Freitag, 28. Oktober 1949

Freiexemplar

Aus dem Inhalt:

Alarmzeichen im Mannheimer Rathaus

Die eine Hand nimmt, was die andere gibt

„Glaubt an Gott und mich!“

Die Abdankung im Gefängnis

Hat Thomas Mann Unrecht?

Neue Macht-Konzentration des Großkapitals

Wo liegen die Realitäten?

Von Fritz Salm

Der Kanzler der westdeutschen Bundesregierung, Dr. Adenauer, hat am Freitag in der Bundesversammlung die von der bürgerlichen Presse mit Ungeduld erwartete Regierungserklärung der Bonner Separatregierung zur Bildung der Deutschen Demokratischen Republik abgegeben. Nun, die Erklärung Dr. Adenauers konnte weder die in den letzten Tagen sichtbare Nervosität ob der Ereignisse im Osten aufheben, noch konnte sie der Bevölkerung Westdeutschlands irgend etwas Neues bringen. Was Dr. Adenauer nicht konnte, das hat um so mehr McCloy vor Pressevertretern getan; der amerikanische Hohe Kommissar hat die Zielrichtung der Politik der USA in Deutschland angesichts der Entstehung einer deutschen Regierung mit souveränen Rechten im Osten mit erstaunlicher Offenheit erklärt.

Der Chef der Bonner Regierung bezeichnete in seiner Regierungserklärung die Regierung im Osten als illegal und erklärte, daß allein die westdeutsche Regierung befugt sei, für das deutsche Volk zu sprechen. Er sprach vom Gebiet der 45 Millionen Einwohner, die sich zwar noch nicht im „vollen Besitz der Freiheit“ befinden, in dem aber „die Souveränitätsrechte eines demokratischen Staates“ immer mehr in deutsche Hände gelegt würden.

Im Osten Deutschlands wurden Tatsachen geschaffen, die erkennen lassen, daß die sowjetische Besatzungsmacht es ernst meint mit der Wiederherstellung der Souveränität einer deutschen Regierungsgewalt. Die Regierung der Demokratischen Deutschen Republik ist bereits durch die Sowjetunion und die Volksdemokratischen Staaten anerkannt und errichtet ihre diplomatischen Vertretungen, eine dem gesamt-

Das Gespenst des Atomkrieges

Sonderseite des „Volksechos“ im Innern des Blattes

ten deutsche Volke sichtbare Wende in der Nachkriegsentwicklung Deutschlands.

Wo aber sind die Zeichen dafür, daß in Westdeutschland „die Souveränitätsrechte immer mehr in deutsche Hände gelegt werden“, wie dies Dr. Adenauer glauben machen will? Die Tatsachen widersprechen dem. Die Ereignisse der letzten Tage, die Eingriffe der Hohen Kommissare in die Tätigkeit des Bonner Kabinetts, die Abwägung auch des geringsten Versuches einer selbständigen Regierung in innerdeutschen Problemen beweisen das Gegenteil; sie lassen erkennen, daß die Reaktion der westlichen Besatzungsmächte auf die Ereignisse im Osten eher darin bestehen wird, die Züge ihrer Herrschaft noch straffer anzuziehen, als sie zu lockern, wie man zum Teil im Westen Deutschlands erhoffte. Sie beweisen, daß die Herren Westdeutschlands es nicht für notwendig erachten, selbst den Schein einer Selbstständigkeit im Handeln ihrer Bonner Marionetten vorzutäuschen. Der Befehl der Abwertung der Westmark nach den Konkurrenz-Interessen westlicher kapitalistischer Mächte, die Reaktion der Hohen Kommissare auf den Kabinettsbeschluss über die Außerkraftsetzung des Beamtengesetzes, den sie als „nicht mißzuverstehende Handlung gegen das Besatzungsstatut werten“ und ihr Eingriff in die Verhandlungen über den Interzonenhandel zeigen dies klar.

McCloy's Erklärung vor Pressevertretern war dazu angetan, die letzten Illusionen derer, die auf eine Aenderung der Politik der Westmächte in Deutschland hoffen, zu zerbrechen. Der Statthalter amerikanischer Interessen in Westdeutschland betonte, daß eine Anerkennung der Bonner Regierung durch die Westmächte als Rückwirkung dessen, was im Osten geschah, nicht in Frage käme — die Vertretung nach außen geht weiterhin über die Hohen Kommissare — und daß die amerikanischen Truppen in Deutschland bleiben werden, auch dann, wenn die Sowjetunion ihre Soldaten aus der sowjetischen Zone zurückzieht. McCloy erklärte außerdem, daß die Westmächte nicht daran denken, die Demontagepolitik auf, das Ruhrstatut endlich, ohne in „Wortkläuberei“ zu machen, anzuerkennen.

Gibt es da noch Zweifel über das Maß an Souveränität und Freiheit der Handlungen Dr. Adenauers und seiner Regierung. Die Freiheit der Bonner Politiker gleicht der Freiheit kolonialer Potentaten in der Durchführung dessen gegen die Interessen des eigenen Volkes, das den imperialistischen Herren des Landes dient. Ihr Lohn ist der Knochen der Beute, den das internationale Finanzkapital dem deutschen Kapitalismus, großzügig überläßt, so wie er ihn im Verlaufe der Kolonialgeschichte seinen eingeborenen Verbündeten als Lohn überlassen hat für die Knechtung des eigenen Volkes. Ihre Freiheit besteht darin und wird weiterhin darin bestehen, daß sie durch skrupellose Hetze gegen den Osten die Spaltung und Zerrissenheit Deutschlands aufrechtzu-

Deine Zeitung!

Das „Volksecho“ als Tageszeitung ist da! Der Arbeitsmann hinter dem Schraubstock, an der Drehbank, hinter dem Pflug, hat in ihm den Freund und Berater. Der Mann am Bürotisch, am Zeichenbrett, der Handwerker, Geschäftsmann und die Frau im Haus und Betrieb nicht weniger. Ihren Interessen ist das „Volksecho“ Sprachrohr. Das „Volksecho“ will nichts anderes sein, als die Stimme des Volkes, Zufuchtsstätte der Sorgenbeladenen, die nach dem zweiten Weltkrieg, nach dem neuerlichen Währungsraub und Preiswucher, dem weiterschreitenden wirtschaftlichen Zerfall unseres in kolonialer Abhängigkeit stehenden Landes um die Sicherung ihrer Lebensexistenz ringen.

Wir sprechen es offen aus: Das „Volksecho“ ist Feind ausländischer Bevormundung, Feind der Kriegshetzer und Feind der am Gängelband internationaler Imperialisten gehenden innerdeutschen Reaktion. Das „Volksecho“ wird seine ganze Kraft in den Dienst des Kampfes um ein einiges Deutschland, ein national souveränes und demokratisches Deutschland stellen. Das „Volksecho“ bekennt sich zum Sozialismus, steht entschieden gegen seine mannigfaltigen Verfälschungen, wissend, daß das deutsche Volk und die deutsche Nation nur dann eine Zukunft haben werden, wenn sie in seinem Geiste Macht und Herrschaft der imperialistischen Volksfeinde deutscher und ausländischer Prägung überwinden. Für das Volk — gegen seine Unterdrücker und Peiniger! — ist Leitmotiv des „Volksechos“.

Redaktion und Verlag des „Volksechos“



Der Westen beginnt mit der Berliner Regierung zu rechnen

Dean Acheson kündigt Revision des Besatzungsstatutes an — Optischer Schein soll über das Engerziehen der Fesseln täuschen

Die Bildung der Gesamtdeutschen Regierung mit Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl an der Spitze ist ein Schlag gegen die westliche Spaltungspolitik in Deutschland. Diese Tatsache soll vor dem deutschen Volk verschleiert werden, ein Beginnen, das zum Mißerfolg verurteilt ist; denn die Armseligkeit der Bonner Separatregierung hebt sich in vollem Lichte ab. Ihre Abhängigkeit von den Hohen Kommissaren wird durch jede neu auftauchende Frage augenscheinlich. Die Fesseln des Ruhr- und Besatzungsstatutes sind unbestreitbar, und bei jeder noch so bescheidenen Regung der Adenauer-Regierung schneiden sie empfindlicher in das Fleisch des deutschen Volkes.

Daß die Gesamtdeutsche Regierung Otto Grotewohls souverän ist, daß sie selbst die diplomatischen Beziehungen zum Ausland aufnimmt und diese nicht über die Vorzimmer der Besatzungsmacht laufen müssen, läßt sich einfach nicht ableugnen. Daß der Abzug der sowjetischen Besatzungstruppen aus der Ostzone nicht nur eine trügerische Hoffnung der Gesamtdeutschen Regierung sein wird, an der sie sich selbst an der Nase herumführt, dafür liefert den besten Beweis, wie sehr man damit im Lager der westlichen Alliierten rechnet. In Deutschland und in der westlichen Welt hat es nicht an Stimmen gefehlt, die die Warnung ausgesprochen haben, wohin der Weg bei dem sichtbaren Unterschied zwischen der Gesamtdeutschen und der Bonner Separatregierung führen muß. Die offiziellen Antworten aus den Hauptstädten des Westens bestanden in der Versicherung, daß man in der Deutschland-Politik noch „fester als bisher“ und unter keinen Umständen bereit sein werde, „einen Wettlauf mit dem Osten“ aufzunehmen.

Jetzt liegt eine Äußerung des amerikanischen Außenministers Acheson vor, die diesen Beteuerungen entgegengesetzt zu sein scheint, denn Acheson erklärte nicht mehr und nicht weniger, als daß er sich mit einer Revision des Besatzungsstatutes befasse. Einen genauen Termin für die Revision könne er noch nicht angeben, aber

er habe bereits mit Bevin und Schumann besprochen, die Bonner Bundesrepublik in einige Unterorganisationen der UN aufzunehmen.

Wenn wir übersehen, daß es sich vorerst bei dieser Revision des Besatzungsstatutes, von der Acheson spricht, nur um eine Versicherung handelt, steht dabei aber die Frage, wann diese erfolgen und wie sie ausschauen soll!

In zwei Dingen besteht dabei für uns kein Zweifel. Eine von den USA geplante Revision des Besatzungsstatutes wird an seinem Wesen und an dem kolonialen Charakter Westdeutschlands nichts ändern. Sie ist auf den äußerlichen Schein berechnet. Wenn man aber schon bereit ist, einen anderen optischen Effekt zu wollen,

gibt es gezwungenermaßen und wird, wenn auch wider Willen, die kraftvolle Ausstrahlung der Existenz der gesamten deutschen Regierung in Berlin bestätigt. Vielleicht bekommen wir den besten Vorgeschmack über die Versicherungen Mr. Achesons, wenn wir seiner „Befassung mit einer Aenderung des Besatzungsstatutes“ die amerikanische Bereitwilligkeit, auch das Ruhrstatut einer Revision zu unterziehen, nebeneinanderstellen. Mit der Revision des Ruhrstatutes wollen die USA ja nichts anderes erreichen, als aus dem deutschen ein westeuropäisches Ruhrstatut zu machen. Der um Westdeutschland liegende Zwangsreifen soll im Interesse des amerikanischen Imperialismus um die anderen westeuropäischen Länder, voran

Frankreich und England, gezogen werden. Die Marshallplanfesseln, in denen sich diese Länder schon befinden, genügen den USA noch nicht. Die Flügel ihrer Juniorpartner weiter beschneiden zu können, dazu soll die koloniale Abhängigkeit Westdeutschlands das Mittel sein. Das ist es, was man von Washington aus verfolgt und unter welchem Gesichtspunkt dort die „Revision“ des Ruhr- und Besatzungsstatutes betrachtet wird.

Die USA-Politik hat zu keiner Zeit mit dem ganzen Deutschland gerechnet. Der erreichte Zustand der Spaltung soll verewigt und dafür die Garantie geschaffen werden. Einige „Revisionen“, um das zu erreichen, sind wahrhaftig auch noch nötig.

Die wirtschaftliche Lage entwickle sich günstig und lasse deshalb gute Perspektiven für die künftige politische Situation erwarten. Im übrigen seien umfangreiche Vorbereitungen getroffen, um die Handelsbeziehungen zu Südosteuropa und der Sowjetunion besonders zu intensivieren. Außenminister Dertinger führte auf der

Die französische Reaktion ist bestrebt, die Stalin-Botschaft so auszulegen, als ob sie eine „Liebeserklärung für Deutschland“ auf Kosten der Freundschaft mit dem französischen Volke sei. Dieselben Leute, die die berechtigten französischen Sicherheitsansprüche schon längst preisgegeben haben, als sie der Wiedereinsetzung der alten Ruhrindustriellen als Treuhänder des amerikanischen Monopolkapitals zustimmten — jener Ruhrindustriellen, die innerhalb von 70 Jahren dreimal Krieg und Zerstörung in Frankreich hineintragen ließen — scheuen sich heute nicht, die aus der Zeit der deutschen Besetzung herrührende Haßstimmung der französischen Bevölkerung gegenüber Deutschland gegen unsere französische Bruderpartei auszuschießen. Sie werfen ihr vor, daß sie die Stalin-Erklärung begrüßte und beschuldigen sie, „auf Befehl Moskaus“ eine Schwengung zugunsten Deutschlands vorzunehmen.

Die KPF läßt sich durch diese Hetze nicht von ihrem schon lange vor der Stalin-Erklärung sichtbar gewordenen Bestreben abbringen, die Freundschaft zwischen dem französischen Volk und dem neuen demokratischen Deutschland immer enger zu gestalten. Das Prinzip des proletarischen Internationalismus, unter keinen Umständen dem billigen und manchmal populären Chauvinismus irgendwelche Konzessionen zu machen, wirkt sich nun zugunsten der Freundschaft mit dem deutschen Volke aus.

Der bekannte außenpolitische Publizist der „Humanité“, Pierre Courtade, weist in einem „Das Deutschland Piecks“ betitelten Leitartikel darauf hin, daß Stalin zu einer Zeit, als die Naziokkupanten mitten in der Sowjetunion standen, das Wort prägte: „Die Hitler kommen und gehen, das deutsche Volk und der deutsche Staat aber bleiben.“ Gegen chauvinistische Strömungen innerhalb des französischen Volkes gerichtet, schreibt er klar und eindeutig:

Grotewohl: „Friedensvertrag für ganz Deutschland!“

Gute Perspektiven für künftige politische Situation — Bonner Regierung keine gleichberechtigte Körperschaft

Berlin. (dpa) Otto Grotewohl, der Ministerpräsident der Gesamtdeutschen Republik führte im Verlaufe einer Pressekonferenz aus, daß seine Regierung nicht unbedingt an einem Sonderfrieden mit der Sowjetunion interessiert sei. Es komme ihr in erster Linie darauf an, einen Friedensvertrag für das gesamte Deutschland zu erreichen. Deshalb würden sich alle Bemühungen auch in Zukunft auf den Kampf um die Einheit Deutschlands konzentrieren.

Otto Grotewohl kündigte ein Amnestiegesetz für politische und kriminelle Vergehen an.

Der Ministerpräsident äußerte auf der gleichen Pressekonferenz, daß die deutsche demokratische Regierung keinen Wert darauf lege, auf dem Parkett ausgefahren und überalterte Traditionen heranzurufen. Seine Regierung sei von überalterten Traditionen vollständig frei und betrachte es als vornehmste Aufgabe, gute Verbindung mit den arbeitenden Massen zu bekommen.

Schöffengericht verurteilte den Unmenschen zu drei Monaten Gefängnis. Im Wehrwolfprozeß; Mord nur „Beihilfe zum Totschlag“.

Im Aachener Werwolfprozeß gab es für den Mord an dem Aachener Oberbürgermeister äußerst geringe Strafen. Die Mörder wurden nur wegen Beihilfe zum Totschlag und Vergehen gegen die Menschlichkeit verurteilt. Der General der Waffen-SS Karl Gutenberger bekam vier Jahre Zuchthaus, der ehemalige SS-Standartenführer Karl Radatz drei Jahre Gefängnis. Die SS-Oberscharführer und Grenzpolitisten Karl Heinz Hennmann und Georg Heidorn kamen mit 1½ bzw. 1 Jahr Gefängnis davon. Die ehemalige BDM-Führerin Ise Hirsch und der Gestapobeamte Johannes Stubenrauch wurden freigesprochen. Mord ist nach diesem Gerichts Urteil nur „Beihilfe zum Totschlag“, wenn der berühmte Befehl Himmlers vorgelegen hat.

Die Schickelgrubers melden sich wieder. In München wollte eine sogenannte „Vaterländische Union“, deren Gründer ein 27-jähriger Gärtnergehilfe mit dem verdächtigen Namen Veitenhansel ist, eine Kundgebung im Zirkus Krone abhalten. Kommunisten und Mitglieder der VVN waren aber in solcher Anzahl erschienen, daß die Einberufer es nicht wagten, die Veranstaltung durchzuführen. Die mit starkem Aufgebot erschienene Polizei konnte sich davon überzeugen, daß die Bevölkerung wachsam ist als die Behörden, deren Aufgabe es eigentlich wäre, die Ansätze einer neuen Hitlerlei im Keime zu ersticken.

Im Streiflicht gesehen

SS-Offizier, ein einträgliches und vergnügliches Geschäft

Augsburg. (E. B.) „Es stellte sich bald heraus, daß es ein einträgliches und vergnügliches Geschäft war. In Westdeutschland als flüchtiger SS-Offizier zu leben“, erklärte er zu sechs Jahren Zuchthaus und 40 000 DM Geldstrafe verurteilte Hochstaplerkönig Robert Rathke. Über 1500 Personen versahen mich mit Empfehlungsschreiben und drückten mir so nebenbei 1,7 Millionen DM in die Hand. Auch ein Politiker, der in der Deutschen Rechtspartei eine hervorragende Rolle spielt, gab mir aus der Parteikasse die Kleinigkeit von 10 000 DM. Bei dieser Gelegenheit hingte ich ihm auch noch die Schreibmaschine ab“, berichtete Robert. Seine Geliebte, die er in Ludwigsburg mit zwei Offizieren im Bett fand und drei Flaschen Sekt, die er daraufhin vor Wut austrank, lieferten ihm schließlich der Polizei in die Hände.

Als ob sie ein Stück Vieh wären... An den Haaren schleifte im Unter-Münsterthal bei Freiburg ein rabulater Hausbesitzer eine bei ihm wohnende Flüchtlingsfrau auf die Straße, wo sie in verletztem Zustand von Passanten befreit wurde. Der Hausbesitzer hatte vor seinen Tälichkeiten gegen die Flüchtlingsfrau bereits deren Möbel in die Scheune geschafft und ihre Kleider auf die Straße geworfen. Zwei minderjährigen Kindern der Flüchtlingsfamilie, die im Nachthemd auf dem Hof standen, verwehrte der Wüstling die Rückkehr in die Wohnung. Das Freiburger

Neue Machtkonzentration des Großkapitals

Randbemerkungen

„Gesamtverband der deutschen Industrie“ gebildet

Die „positive“ Labour-Party

erhalten und zu vertiefen trachten im Auftrag derer, die mit dem elenden Zustand Deutschlands Politik machen; ihre Freiheit besteht in aggressiven Reden gegen die Staaten des Ostens, um ihr Teil dazu beizutragen, daß die Spannung Ost-West, die die Profite der westlichen Rüstungsindustrie erhält und steigert, zum Schaden des deutschen Volkes weiter anhält, sonst aber haben sie gar nichts zu sagen, geschweige denn zu tun ohne ihre Herren, die allein souverän bestimmend sind über die Geschichte der 45 Millionen Einwohner Westdeutschlands.

Niemand konnte mehr tun als McCloy es durch seine Erklärung getan hat, um die Erkenntnis des deutschen Volkes zu fördern, daß nur die Deutsche Demokratische Regierung die nötige Handlungsfreiheit besitzt, um ein reales Gewicht in der Verwirklichung des Willens des deutschen Volkes nach staatlicher Einheit und Souveränität zu sein.

In Köln wurde am 19. Oktober 1949 unter Ausschluß der Öffentlichkeit der vorläufige Ausschuss eines „Gesamtverbandes der deutschen Industrie“ gebildet. 32 Unternehmerorganisationen, die über neunzig Prozent der westdeutschen industriellen Wirtschaft vertreten, beschlossen einstimmig den organisatorischen Zusammenschluß.

Diese neue Organisationsbildung unter Führung der Schwerindustriellen sollte die werktätige Bevölkerung aufhorchen lassen. Also haben es die Kriegstreiber von gestern schon wieder geschafft. Sie haben ihre monopolistische Stellung ausgebaut und haben nun eine umfassende Dachorganisation geschaffen, um die beschließende Gewalt nicht nur im wirtschaftlichen, sondern auch in allgemeineren Fragen auszuüben, wobei die Regierung Adenauer nur die demokratische Kulisse abgibt, hinter der sich die Kapitaldiktatur verbirgt.

Diese Spitzenorganisation der Industrie übernimmt die Nachfolge des „Reichsverbandes der deutschen Industrie“, dessen maßgebende Mitglieder Hitler finanzierten und zur Macht brachten, und die als Gegenleistung dafür im Jahre 1935 als „Generalrat der deutschen Wirtschaft“ die absolute

Herrschaft über die deutsche Gesamtwirtschaft antreten konnten. Im Vorstand dieses „Reichsverbandes der deutschen Industrie“ saßen die jedem Arbeiterfunktionär bekannten Reaktionäre: Vögler, Poensgen, Frohwein, Hohenberg und Gustav Krupp von Bohlen-Halbach, der selbst vor dem amerikanischen Militärgericht als Kriegsverbrecher angeklagt wurde. Die „Welt“ vom 21. Oktober 1949 schreibt: „Der Reichsverband der deutschen Industrie war eher ein Gegenpol zum Staat, hatte sich vorwiegend mit den staatlichen Stellen auseinandersetzen, wenn er die Belange der Industrie in wirtschaftlichen Fragen zu vertreten hatte.“

Damit soll die Öffentlichkeit irreführend werden. In Wirklichkeit war der Staat noch nie so eng mit dem Finanzkapital und seinen führenden Repräsentanten verschmolzen wie gerade in jenen Jahren. Die Regierung Adenauer setzt den in Weimar begonnenen Kurs, der bei dem Bündnis Hitler-Krupp endete, fort. Sie ist wieder das Werkzeug der Schwerindustriellen und wenn diese trotzdem eine Zusammenfassung ihrer Verbände durchführen, dann nur zur Konzentrierung ihrer Macht. Der „Gesamtverband

der deutschen Industrie“ ist also kein Gegenpol zum westdeutschen Separatstaat, sondern eine Legalisierung der Macht der Konzerne, gewissermaßen die beschließende Regierung des Großkapitals, deren ausführende Organ das Kabinett Adenauer ist.

Zwar wechseln die Namen, aber die reaktionäre Haltung bleibt. „Die Welt“ vom 21. Oktober 1949 weiß zu berichten, daß die neuen Herren die Gewähr bieten, „daß die Arbeit des ehemaligen Reichsverbandes ihre sinnigere, noch stärker auf gemeinsame Belange eingestellte Fortsetzung findet.“

Das ist richtig, die präsidierenden Herren des „Gesamtverbandes der deutschen Industrie“ sind die gleichen Reaktionäre, sie haben schon wiederholt ihre arbeiterfeindliche Gesinnung bewiesen, und die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter haben sich oft gegen ihre Anschläge auf die Arbeiterrechte wehren müssen. Allein der Name Reusch ist für jeden Gewerkschaftler der Inbegriff des reaktionären Unternehmertums.

Selbstverständlich haben Vizekanzler Blücher und Wirtschaftsminister Dr. Erhard die Bildung der neuen Organisation begrüßt. Auch der Präsident des Bundestages, Dr. Köhler, versäumte nicht, diesen Herren seine Dienste anzubieten. Die Minister des Kabinetts Adenauer fühlen sich der neuen wirtschaftlichen Organisation angezogen verbunden.

Es bestehen zwar noch Militärgesetze, die den Zweck haben sollten, jede Zusammenfassung wirtschaftlicher Macht zu verhindern. Das von den Alliierten unterzeichnete Potsdamer Abkommen verbietet die Konzentration wirtschaftlicher Macht. Auch die Dekartellierungsgesetze der amerikanischen Militärregierung sprechen von der Zerstörung der Kartellwirtschaft. Diese Zusammenfassung von 90 Prozent der industriellen Wirtschaft in einer Spitzenorganisation ist ohne Zweifel ein monopolartiger Zusammenschluß, eine Organisation wirtschaftlicher Macht, eine Organisation zur Ausnutzung dieser Macht gegen das Volk. Aber die Hohen Kommissare erheben keinen Einspruch, sie haben nicht die Absicht, diese Organisationsbildung zu verhindern.

Die organisatorische Zusammenfassung der Unternehmer in Westdeutschland liegt in der Linie der Politik der amerikanischen Imperialisten. Die faschistische Vergangenheit der deutschen Monopolisten ist für sie kein nennenswerter Hinderungsgrund mehr. Wir leben eben nicht mehr im Jahre 1945. Damals galt noch das von englischen und amerikanischen Militärbehörden ausgesprochene Verbot des Zusammenschlusses von Unternehmerverbänden zu Dachorganisationen. Inzwischen haben die monopolistischen Kräfte der USA, die großindustriellen Unternehmer Westdeutschlands wieder als Partner, wenn auch nur als Junior-Partner anerkannt. Die beabsichtigte Neubildung internationaler Kartelle macht die Einbeziehung der deutschen Monopolisten notwendig.

Gegen die Errichtung der absoluten Unternehmer-Herrschaft in Westdeutschland gilt es alle demokratischen Kräfte zu mobilisieren. Die Unternehmerverbände sind die Hauptschuldigen an zwei Weltkriegen. Die Kirdorf, Thyssen, Klöckner usw. waren es, die Hitler an die Macht brachten. Im Osten Deutschlands, in der Deutschen Demokratischen Republik, ist die Organisation von Unternehmerverbänden verboten. Dieses Verbot ist mit dem Potsdamer Abkommen rechtlich begründet. In Westdeutschland konnten die Monopolisten schnell wieder an die Macht kommen, nachdem sie erst vor wenigen Wochen als Ausdruck ihrer Macht das Kabinett Adenauer geschaffen haben. Bilden sie jetzt als Ergänzung dazu und als Zeichen der Konzentration ihrer Macht den „Gesamtverband der deutschen Industrie“? Alle gewerkschaftlich organisierten Werktätigen, jeder fortschrittliche Demokrat, muß seine ganze Kraft einsetzen, um diese Entwicklung in Westdeutschland aufzuhalten.

H. H.

Die englische „Arbeiterpartei“ ist bekanntlich Regierungspartei und sie hat eine absolute Mehrheit im Unterhaus. Von ihrem Willen hängt es also ab, was die britische Besatzungsmacht in Deutschland tun oder unterläßt. Der SPD-Vorsitzende Dr. Schumacher war ja selbst in England und die Sozialdemokratische Partei hat gehofft, durch eine demonstrativ betonte innenpolitische Verwandtschaft mit der englischen Arbeiterpartei Konzessionen der britischen Besatzungsmacht in der Deutschlandfrage erreichen und damit dann gute Wahlpropaganda machen zu können. Es war eine gründliche Fehlspekulation, wie die SPD bei den Bundestagswahlen in der britischen Zone erfahren mußte, denn gerade die britische Labour-Regierung hat z. B. in der für den deutschen Arbeiter so wichtigen Demontagefrage am wenigsten Verständnis und Entgegenkommen bewiesen. Nach einer Londoner Meldung sollen nun „erste Anzeichen für eine positive Einstellung der Labour-Party zum deutschen Standpunkt in der Demontagefrage erkennbar geworden sein.“ Ein Unerwartetes der internationalen Abteilung der Labour-Party habe das Demontage-Memorandum der SPD „wohlwollend erörtert“. Was für ein bedeutungsvolles Positivum! Was will daneben schon das Negativum besagen, daß der britische Landeskommissar von Nordrhein-Westfalen, General Bishop, die vom Düsseldorfer Regierungspräsidenten gegen Demontagefirmen rechtmäßig verhängten Strafen für ungültig erklärt hat. Wenn nur der Unerwartete der Labour-Party in London das Memorandum der SPD wohlwollend prüft und — zu den Akten legt!

Richtiges Echo auf eine Maßregelung

Der Betriebsratsvorsitzende des EAW Schwetzingen muß mit allen Rechten wieder eingestellt werden

Von der Leitung der Mannheimer Eisenbahngewerkschaft erfahren wir, daß sie alle notwendigen Schritte eingeleitet hat, um die fristlose Entlassung des Betriebsratsvorsitzenden Kempfner des Eisenbahnausbesserungswerkes Schwetzingen rückgängig zu machen. Der Betriebsrat der Eisenbahner wird sich eigens mit der Angelegenheit beschäftigen.

Es ist der Öffentlichkeit bekannt, daß die Delegiertenversammlung der Mannheimer Eisenbahner sich entschieden hinter den gemäßregelten Betriebsrat gestellt haben und den Werkdirektor Schlagkamp, der die fristlose Entlassung wegen angeblicher Beleidigung durchführte, nicht mehr im Werk sehen wollte.

Nun haben sich auch die Delegierten von 6000 Arbeitern der Eisenbahnausbesserungswerkstätten Württemberg-Badens bei ihrer Tagung in Stuttgart solidarisch mit dem entlassenen Betriebsratsvorsitzenden erklärt und sich hinter die Forderungen der Schwetzingener Kollegen gestellt.

An dem Personalreferenten Kraft in der Stuttgarter Eisenbahndirektion wird wegen seines Verhaltens in dieser Angelegenheit in den Kreisen der Mannheimer wie auch der Stuttgarter Eisenbahner starke Kritik geübt. Kraft ist Mitglied des Hauptvorstandes der Einheitengewerkschaft der Eisenbahner Württemberg-Badens. Die Forderung ist erhoben worden, daß es unmöglich ist, daß Kraft weiter im Hauptvorstand verbleibt.

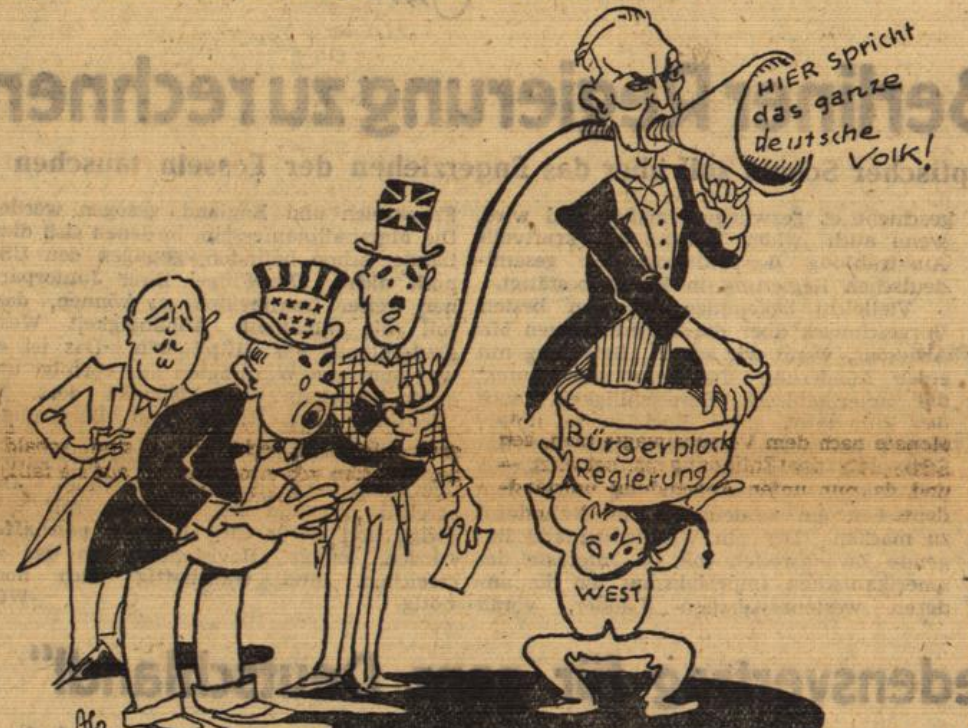
Der Personalreferent Kraft führt gegenwärtig persönlich im EAW Schwetzingen Ermittlungen durch. Die Belegschaft hat die Auffassung, daß man das vorher hätte tun müssen und wird sich dagegen wehren, daß nachträglich Rechtfertigungsgründe für die Maßregelung des Betriebsratsvorsitzenden konstruiert werden.

Ein Eisenbahnarbeiter aus Schwetzingen schreibt uns über die Angelegenheit:

Oberbaurath Schlagkamp hat durch sein reaktionäres Verhalten gegenüber der Belegschaft schon wiederholt von sich reden gemacht. Es ist an der Zeit, daß ihm bald

sein Handwerk gelegt wird. Immer offener zeigt dieser Scharfmacher sein wahres Gesicht. Dieses Mal geht seine Offensive gegen den Betriebsrat. Der farnose Werkdirektor kümmert sich weder um ein Betriebsratsgesetz, noch anerkennt er die gewählten Betriebsräte. Im Frühjahr lehnte er eine gemeinsame Aussprache mit dem Betriebsratsvorsitzenden ab, weil er ihm „zu jung“ sei. Der Betriebsratsvorsitzende erzwang sich aber sein Recht und setzte sich unter fortwährendem Kampf durch. Die Belegschaft weiß, daß sie in ihrem jetzigen Betriebsratsvorsitzenden einen Mann gefunden hat, der sich mit der notwendigen Schärfe

ihrer Interessen annimmt. Das ist es aber, was Herr Schlagkamp fürchtet, und deshalb wurde Kempfner entlassen. Weitere derartige Entlassungen sind geplant. So ist der zweite Betriebsratsvorsitzende und der Vorsitzende der Vertrauensmänner Herrn Schlagkamp schon längst ein Dorn im Auge. Der Betriebsrat soll ausgetobt werden, damit die Herren freie Hand bekommen bei der neuen bevorstehenden Entlassungswelle. Die Belegschaft muß jetzt ihre Kraft und ihren Willen zeigen in der Forderung für sofortige Wiedereinstellung ihres Betriebsratsvorsitzenden. Alle für einen und einer für alle.



Die Regierungserklärung des Bundespräsidenten

Adenauerkurs auch im Landtag

Hohe Pensionen für entlassene Nazibeamte — SPD und KPD verlassen Ständigen Ausschuss

Der von Adenauer gesteuerte reaktionäre Kurs des Separatstaates Westdeutschland macht sich auch in den Ländern bereits deutlich bemerkbar. CDU und DVP wollen in den Länderregierungen und Parlamenten nicht hinter ihrem Herrn und Meister zurückstehen. In der Stellungnahme beider Parteien zu einigen entscheidenden Fragen macht sich das deutlich bemerkbar.

Die letzte Sitzung des Ständigen Ausschusses des württemberg-badischen Landtages haben die Vertreter der SPD und KPD verlassen, nachdem die bürgerlichen Parteien mit einer Mehrheit von vier Stimmen die Auszahlung der Ruhegelder an entlassene Nazibeamte in unbegrenzter Höhe beschlossen hatten. Bekanntlich war das entsprechende Gesetz an den Ausschuss zurückverwiesen worden, und die bürgerlichen Parteien hatten bereits im Landtag die Wiederherstellung des Regierungsentwurfs verlangt, die Auszahlungen in unbegrenzter Höhe vorsah.

Nach einer allgemeinen Debatte beantragte der Vorsitzende Dr. Hausmann (DVP) zunächst auf die Frage, ob die Ruhegelder auf 300 Mark begrenzt oder unbegrenzt ausbezahlt werden sollten, abzustimmen. Die SPD, die mit anderen Vorschlägen nach einem Kompromiß mit ihren Regierungspartnern suchte, war dagegen, wurde aber überstimmt. Nach dieser Vorabstimmung kam es dann zu der Entscheidung für die unbegrenzte Höhe der Pensionen. Daraufhin erklärte die SPD, daß, nachdem ihre Anträge, die eine Verständigung ermöglichen sollten, nicht behandelt wurden, sie keinen Grund habe, länger an der Sitzung teilzunehmen.

Die bürgerlichen Parteien werden nun im Landtag in aller Öffentlichkeit ein Gesetz vertreten müssen, das den Steuerzahlern runde zehn Millionen DM kostet. Ein Gesetz, nach dem es auf Grund dieser neuen Fassung möglich ist, daß ein hoher SS-Funktionär, der im vereinfachten Verfahren als Mittläufer eingestuft worden ist, bei entsprechender früherer Staatsstellung monatlich 1000 DM erhalten kann.

André untersucht André

Dieses erste Sitzung des Untersuchungsausschusses über das Landwirtschaftsministerium sollte unter Ausschluß der Öffentlich-

lichkeit durchgeführt werden. Die Presse war schon weggeschickt, als durch das Eingreifen der Abgeordneten Schätzle (KPD) und Angmann (SPD), die Öffentlichkeit der Sitzung hergestellt wurde.

Zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der Untersuchung wurde festgelegt, daß die Fälle Dubke, Eisemann und Frank behandelt werden. Ein Antrag des Abg. Schätzle, auch die gegen Herrn Minister Stoops in der Öffentlichkeit erhobenen Vorwürfe zum Gegenstand der Untersuchung zu machen, wurde abgelehnt. Es war insbesondere der Abgeordnete André (CDU), der dem widersprach und bemerkte, daß es gerichtlich festgestellt sei, daß Eisemann sich nicht kriminell verhalten habe.

Der Abgeordnete Erising (CDU) wandte sich mit heftigen Worten gegen die Einbeziehung Stoops' in die Untersuchung und drohte der SPD, wenn Stoops mit auf die Tagesordnung genommen werde, er den Fall des Verkehrsministers vor den Landtag bringen würde, so daß zum Schluß, entgegen dem Wunsch des Abg. Schätzle, dieser Fall nicht auf die Tagesordnung gesetzt wurde.

Die erste Aufgabe dieses Ausschusses wird sein, zu überprüfen, wie die Anstellung der Angestellten des Ministeriums vorgenommen wurde und inwieweit von Seiten des Ministeriums hier Unterlassungsünden begangen wurden. Die Angestellten des Landwirtschafts-Ministeriums wurden zum größten Teil noch von dem Wirtschaftsministerium eingestellt. Damit ergibt sich, daß der damalige Wirtschaftsminister André, der für diese Einstellungen verantwortlich ist, heute in diesem Untersuchungsausschuss sitzt, indirekt also die Untersuchung gegen sich selbst führen wird.

Winterbeihilfe auf lange Bank geschoben

In eindringlichen Worten begründete die Abgeordnete Langendorf, KPD, in der letzten Sitzung des Landtages den Antrag ihrer Fraktion, Fürsorgeempfängern, Arbeitslosen oder sonst Hilfsbedürftigen zur Beschaffung von Kohlen und Kartoffeln eine Winterbeihilfe zu gewähren. Vorgeschlagen wurden 30,— DM für alleinlebende Personen und den Haushaltsvorstand und je 10,— DM für die Frau und jedes Kind.

Innenminister Ulrich hielt es trotzdem für geboten, den Antrag dem Finanzausschuss zu überweisen, damit erst der Personenkreis der Bedürftigen genau bestimmt werden könne.

Ein weiterer Antrag des Abg. Konz (SPD) verlangte, daß ein Gesetz des Reichsministers vom 15. Juli 1936 von allen Behörden eingehalten werde, wonach die Lehrlingsvergütung nicht auf die Einkünfte der Familienangehörigen anzurechnen sei, wie z. B. bei der Berechnung der Renten und Fürsorgeunterstützungen.

Der Abg. Kuhn (CDU) witterte sicherlich einen zu sozialen Hintergedanken bei diesem Antrag, sonst hätte er wohl kaum empfohlen, diese Geschichte dem Sozialpolitischen Ausschuss zu überlassen, weil es sich um ein Gesetz aus einer Diktaturzeit handele. Der Antragsteller seinerseits wollte diese Frage jedoch nur dem Rechtsausschuss überweisen wissen.

Pressestimmen

Wer sprach die Wahrheit?

Demnach soll sich (im Verlaufe einer Diskussion über die Demontage) eine unangenehme Situation entwickelt haben, nachdem Mr. Adeson auf einen Bericht des Hohen Kommissars McCloy über seine Unterredung mit dem Bundeskanzler Dr. Adenauer über dieses Thema hinwies. Dr. Adenauer hatte dem Hohen Kommissar erklärt, das Problem bestehe nur noch darin, die Engländer zu überzeugen, da M. Schuman ihn versichert hätte, daß Frankreich in bezug auf das Demontageprogramm keine ernstlichen Ansprüche hätte.

M. Schuman stiftete diese Geschichte sogleich mit großer Entrüstung ab, sprach von deutscher „Verschmitztheit“ und ließ sich über Dr. Adenauers Wahrheitsliebe erbittert aus. Damit erreichte die Diskussion den toten Punkt. „The Observer“, London

Westen muß psychologische Auswirkungen berücksichtigen

Man kann damit rechnen, daß die Ostregierung versuchen wird, die Verbindung zur Westregierung aufzunehmen. Ihre Vorstöße werden wahrscheinlich zurückgewiesen werden. Wird dies aber immer so bleiben? Ein Blick in die deutsche Presse zeigt, daß eine

Wer ist „politisch unerwünscht“?

Die drei Hohen Kommissare haben in der vergangenen Woche ein Gesetz beschlossen, das ihnen die Möglichkeit geben soll, politisch unerwünschte Personen aus Westdeutschland auszuweisen. Das alliierte Gesetz bezieht sich auf sämtliche Angehörigen ausländischer Staaten und kann auf deutsche Staatsangehörige angewandt werden, wenn die Besatzungsmächte die Sicherheit und öffentliche Ordnung durch gewisse Personen bedroht sehen. Auf Grund dieses Gesetzes könnte nach Meinung eines alliierten Sprechers z. B. die Rückkehr Dr. Otto Strasser, des früheren Führers der „Schwarzen Front“, verhindert werden. Uns scheint die Gefahr, daß das Gesetz gegen unliebsame „Linke“ angewandt werden wird, entschieden größer zu sein.

Ein Bundestagabgeordneter macht in Dolchstoßlegenden

Daß der Militarismus sein Spiel noch lange nicht für verloren hält, bezeugt soeben der Fall des Dr. Franz Richter, Mitglied des Bundestages und Fraktionsvorsitzender der Deutschen Rechtspartei in Niedersachsen. Dieser Parlamentarier der demokratischen Bundesrepublik unterrichtete eine Volksschulklasse in einem Ort Württembergs. In dieser Eigenschaft brachte er seinen Schülern seine Meinung darüber bei, weshalb Deutschland den Krieg verlor. Natürlich war Verrat dabei im Spiel. Sowohl der Abwurf von Pestbazillen (!) als auch das „Atomgeheimnis“ sei an das Ausland verraten worden. Deshalb habe Deutschland den Krieg verloren. Als Lehrer wurde Herr Dr. Richter nun zwar bei Bekanntwerden seiner nationalsozialistischen Legendenbildung fristlos entlassen, jedoch als Abgeordneter und Fraktionsvorsitzender sitzt er wohl noch fest im Sattel. Vielleicht wird seine Partei bald Koalitionspartner in einer Bundesregierung sein und dann wirkt Herr Dr. Richter ein Ministeressen. Als Unterrichtsminister könnte er dann ja da weitermachen, wo er nun als Klassenlehrer aufgehört mußte.

Wirtschaftsminister Erhard widerlegt sich selbst

Auf einer Pressekonferenz in Bonn bezeichnete Wirtschaftsminister Erhard unsere Wirtschaftsentwicklung als günstig und führte eine 15prozentige Steigerung der Produktion in den letzten Monaten als Beweis an. Gleich darauf warnte er vor dem Zweckoptimismus in den Reihen der Wirtschaft, die begreifen müßte, daß sich die Kunst des Wirtschaftens nicht in der Produktion erschöpfen, sondern daß Absatz und Verkauf heute im Vordergrund stünden. Sehr richtig bemerkt, Herr Wirtschaftsminister — aber Sie scheinen das selbst noch nicht begriffen zu haben und sind Hauptproduzent in Zweckoptimismus! Argus

„Demokratie“ unter westlicher Besatzung

Während der Wahlkampagne gleichen die Versammlungen der „Unabhängigen“ in Oesterreich dem Aussehen nach denen der Nazis: Redner trugen und zwar mit Stolz ihre Nazi-Orden und ernteten dafür den unverhüllten Beifall des Pöbels. Ihre Partei-Zeitungen standen auf der dünnen Schneide zwischen günstiger Kritik und einem offenen Appell an die Nazis. „New York Herald Tribune“

Doch wenn wir im Krieg uns fanden...

Zwischen dem Oppositionsführer Mr. Winston Churchill und der britischen Arbeiterpartei-Regierung besteht ein Verhältnis, das sich mit Heine's Versen kennzeichnen läßt: „Niemand hat mich verstanden, niemals je verstand ich euch. Doch wenn wir im Kot uns fanden — dann verstanden wir uns gleich.“ In diesem Sinne hat soeben Mr. Churchill in einer Versammlung der schärfsten Protest gegen eine geplante Aufhebung der Militärpflicht in England erhoben und der Oppositionsführer, der die britische Regierung in der heftigsten Weise wegen ihrer Verschwendung und Mißwirtschaft angriff, bietet ihre vollste parlamentarische Unterstützung für die Beibehaltung der Militärpflicht mit ihren unproduktiven Kosten an.

Bischof Stepinac als Morgengabe

Die aufkeimende zarte Neigung zwischen dem Marschall Tito und den Atlantikpaktlern kann natürlich durch gegenseitige Geschenke nur gefördert werden. Die Wahl Jugoslawiens in den Sicherheitsrat erfordert eine Morgengabe und war vielleicht von Anfang an so berechnet. Die Zeitungsleser in USA, England usw. haben natürlich die Tiraden der Westpresse vor ein paar Jahren über Tito noch zu frisch im Gedächtnis und man kann einen grausamen Tyrannen und Bluthund nicht über Nacht zum Unschuldslamm machen, aber wenn Tito handgreifliche Beweise seiner „Bekehrung“ liefert, fällt diese Umdekorierung im kapitalistischen Laden der westlichen „Demokraten“ nicht so schwer und Franco, Peron und Genossen bekommen rascher Zuzug. Wenn Marschall Tito z. B. den wegen Verschwörung und Landesverrat zu einer langen Gefängnisstrafe verurteilten Bischof Stepinac in Freiheit setzen würde, Tito scheint den Wink schon verstanden zu haben, denn aus Triest wird bereits gemeldet, daß die jugoslawischen Gerichte vom Innenministerium angewiesen wurden, alle Urteile gegen inhaftierte Geistliche einer Revision zu unterziehen. Vielleicht pilgern Tito und Stepinac im heiligen Jahre dann gemeinsam nach Rom.

Wo ist jetzt ihre Soldatenehre?

Als der Generalfeldmarschall von Hitlers Gnaden, Herr von Manstein bei seiner Vernehmung wegen dem berüchtigten Kommissar-Befehl befragt wurde, antwortete er: „Es war nicht meine Sache, die Rechtmäßigkeit dieses Befehls zu überprüfen. Wohl aber war es meine Aufgabe, über die soldatische Ehre meiner Truppe zu wachen.“ Wie sieht es nun rechtlich begründet. In Westdeutschland konnten die Monopolisten schnell wieder an die Macht kommen, nachdem sie erst vor wenigen Wochen als Ausdruck ihrer Macht das Kabinett Adenauer geschaffen haben. Bilden sie jetzt als Ergänzung dazu und als Zeichen der Konzentration ihrer Macht den „Gesamtverband der deutschen Industrie“? Alle gewerkschaftlich organisierten Werktätigen, jeder fortschrittliche Demokrat, muß seine ganze Kraft einsetzen, um diese Entwicklung in Westdeutschland aufzuhalten.

Ein Bundestagabgeordneter macht in Dolchstoßlegenden

Daß der Militarismus sein Spiel noch lange nicht für verloren hält, bezeugt soeben der Fall des Dr. Franz Richter, Mitglied des Bundestages und Fraktionsvorsitzender der Deutschen Rechtspartei in Niedersachsen. Dieser Parlamentarier der demokratischen Bundesrepublik unterrichtete eine Volksschulklasse in einem Ort Württembergs. In dieser Eigenschaft brachte er seinen Schülern seine Meinung darüber bei, weshalb Deutschland den Krieg verlor. Natürlich war Verrat dabei im Spiel. Sowohl der Abwurf von Pestbazillen (!) als auch das „Atomgeheimnis“ sei an das Ausland verraten worden. Deshalb habe Deutschland den Krieg verloren. Als Lehrer wurde Herr Dr. Richter nun zwar bei Bekanntwerden seiner nationalsozialistischen Legendenbildung fristlos entlassen, jedoch als Abgeordneter und Fraktionsvorsitzender sitzt er wohl noch fest im Sattel. Vielleicht wird seine Partei bald Koalitionspartner in einer Bundesregierung sein und dann wirkt Herr Dr. Richter ein Ministeressen. Als Unterrichtsminister könnte er dann ja da weitermachen, wo er nun als Klassenlehrer aufgehört mußte.

Wirtschaftsminister Erhard widerlegt sich selbst

Auf einer Pressekonferenz in Bonn bezeichnete Wirtschaftsminister Erhard unsere Wirtschaftsentwicklung als günstig und führte eine 15prozentige Steigerung der Produktion in den letzten Monaten als Beweis an. Gleich darauf warnte er vor dem Zweckoptimismus in den Reihen der Wirtschaft, die begreifen müßte, daß sich die Kunst des Wirtschaftens nicht in der Produktion erschöpfen, sondern daß Absatz und Verkauf heute im Vordergrund stünden. Sehr richtig bemerkt, Herr Wirtschaftsminister — aber Sie scheinen das selbst noch nicht begriffen zu haben und sind Hauptproduzent in Zweckoptimismus! Argus

„Demokratie“ unter westlicher Besatzung

Während der Wahlkampagne gleichen die Versammlungen der „Unabhängigen“ in Oesterreich dem Aussehen nach denen der Nazis: Redner trugen und zwar mit Stolz ihre Nazi-Orden und ernteten dafür den unverhüllten Beifall des Pöbels. Ihre Partei-Zeitungen standen auf der dünnen Schneide zwischen günstiger Kritik und einem offenen Appell an die Nazis. „New York Herald Tribune“

Verantwortlich für den Inhalt: Willy Grimm, Mannheim, S. 10, Tel. 4323. — Vertrieb und Anzeigenabteilung: Nordbadische Druck- und Zeitungsverlags-G. m. b. H., Mannheim, S. 10. Mit Genehmigung der Nachrichtenkontrollabteilung für Württemberg-Baden. — Druck: Mannheim, Großdruckerei, Mannheim, E. 1, 4-5, Herausgeber: KPD Nordbaden, Mannheim, S. 11

Eintitt der Atomenergie in die Menschheitsgeschichte

Nichts erweist so zwingend die Unhaltbarkeit des auf dem größten Teil der Erde noch bestehenden Zustandes der menschlichen Gesellschaft, nichts charakterisiert so überzeugend das unselige Schicksal, das gerade die für die Menschheit wichtigsten Erfindungen in den Händen mächtiger, egoistischer Interessengruppen erleiden, nichts entlarvt so schonungslos die Verlogenheit, mit der eben diese Gruppen und ihre Reklameschreiber uns allen so teure Begriffe wie Menschlichkeit, Humanität, Kultur, Freiheit von Furcht und Unterdrückung usw. handhaben und zur Phrase machen, wie die Geschichte des Eintritts der Atomenergie in die Geschichte der Menschheit, ihres ersten Auftretens auf der Bühne unserer Zeit und ihrer bisherigen Weiterentwicklung, die wir jetzt schildern werden.

„Atomstädte“ und ihre Probleme

Wenn irgendwo in der Geschichte der modernen Wissenschaft, dann wird am Beispiel der Atomforschung auch die Tatsache unwiderlegbar sichtbar gemacht, daß es falsch ist, anzunehmen, geniale Gelehrte könnten im stillen Dachkämmerchen durch bloßes Nachdenken große Erfindungen und Entdeckungen machen — ohne jeden Zusammenhang mit ihrer Umwelt und ihrer Zeit, wie uns die herkömmliche Geschichtsschreibung glauben machen will. Großstaaten in der modernen Wissenschaft erfordern mehr denn je gewaltige gesellschaftliche Anstrengungen, benötigen die Mithilfe einer ganzen Reihe von wissenschaftlichen Spezialgebieten und technischen Industrien

Hunderttausende Arbeiter, Tausende von Wissenschaftlern und Technikern waren im Rahmen des „Manhattan-Projekts“ jahrelang tätig, um das Problem der Isotopentrennung (des Uran 235 vom Uran 238) zu lösen. Umfangreiche Fabrikanlagen wurden dabei, weil notwendig, erstellt. Der Kostenaufwand bis zur Herstellung der ersten Bombe betrug rund 2 Milliarden Dollar. Der ersten Bombe!

Da, wie wir wissen, die amerikanischen Atomforschungen zunächst von der Uran-spaltung ausgingen und auf die Herstellung von Bomben gerichtet waren, da andererseits, wie wir ebenfalls wissen, solche Bomben eine Mindestmenge von 8-10 Kilogramm reinem Uran 235 zur Voraussetzung haben, mußten riesige Anlagen dafür errichtet werden. Das war zuerst Berkeley, dann die „Atomstadt“ Hanford. Später kam noch das neue Werk Oak Ridge dazu. Die für die Großproduktion notwendigen Vorversuche wurden mit winzigen Mengen des Uran 235 durchgeführt, die so klein, wie sie für Experimentierzwecke in der Chemie bisher niemals zur Verwendung gelangt waren. — Es wurden zum Beispiel Reagenzgläser mit einem Inhalt von einem Hundertmillionstel Liter (gleich ein Hundertstel Kubikmillimeter) dafür benötigt. Waagen mußten eingesetzt werden, mit denen man noch 0,000 000 001 g wiegen konnte. Entsprechend waren die Abmessungen und die Empfindlichkeit aller üblichen Instrumente. Allein die Konstruktion dieser Hilfsmittel war zweifellos eine wissenschaftlich-technische Meisterleistung.

Probleme tauchten mit der Schaffung dieser Atomstädte auf, die zum Teil noch heute ungelöst oder nur mangelhaft gelöst sind. Wohin sollten sie zum Beispiel mit ihren hochgradig radioaktiven Abwässern? In das Flußsystem geleitet, hätten sie auf unabsehbar weite Strecken alles Leben getötet und eine ständige Bedrohung der Bevölkerung verursacht. Also baute man Riesenzisternen, immer neue Riesenzisternen zur Aufnahme der Abwässer ... Eine Notlösung, wie man zugeben wird.

Nur bei günstigem Wind ...

Aehnlich verhält es sich mit den Abgasen. Nur bei günstigem Wind können sie durch ungewöhnlich hohe Schornsteine abgelassen werden, damit sie nicht als „Todesnebel“ Städte und Dörfer verweisen lassen. (Was übrigens auf diese Weise immer noch nicht ganz ausgeschlossen ist.)

Ueberhaupt die Abfälle! Die Schwierigkeit ihrer Beseitigung wuchs mit der Erstellung der ersten Urkannele ins Ungemessene. Diese Uranbatterien produzieren nicht nur gewaltige Wärmemengen, sondern auch ansehnliche Quantitäten radioaktiver Substanzen. So weit man sie nicht für eigene Zwecke verwenden kann, sind das in den Augen der Hersteller, die ja nur auf das explosive Uran 235 und Plutonium erpicht sind, lediglich Abfälle, deren Beseitigung viel Sorge bereitet. Sie wurden in dickwandige Gefäße eingeschlossen und ins Meer versenkt oder in unbewohnten Gegenden vergraben. Einige Phantasten sollen sogar vorgeschlagen haben, sie in Raketen zu verpacken und ins Weltall zu schießen. (Dieser geniale Plan scheiterte an den Raketen — vielleicht machte auch das Weltall nicht mit.)

Diese wertvollen „Abfälle“, die in einer vernünftigen Ordnung Hauptgegenstand der Produktion wären, einer nutzbringenden Verwendung zuzuführen, scheint nicht ernsthaft erwogen worden zu sein.

Ein besonderes Kapitel war und ist der Schutz der Arbeiter gegen die alles zerstörende Strahlung. Zwischen Meterdicken Betonwänden bewegen sie sich schwerfällig in schweren Bleimänteln und -masken durch das Gelände. In regelmäßigen Abständen von wenigen Stunden wird bei ihnen eine Blutkörperchenzählung vorgenommen. (Eine der charakteristischsten Schädigungserscheinung ist nämlich das Versiegen der laufenden Neubildung von roten Blutkörperchen infolge Zerstörung der erzeugenden Gewebe.) Trotzdem sind schwere gesundheitliche Schäden nicht zu vermeiden. Neue furchtbare Krankheiten, die den Anstrengungen der Medizin spotten, fordern ständig ihren Tribut unter der Belegschaft.

Alarmvorrichtungen in allen Räumen, bestehend aus Geigerschen Zählrohren, die den „Verseuchungsgrad“ der Luft anzeigen, und Alarmglocken sollen gewährleisten,

Gespensst des Atomkrieges

Eine jede Vorstellung übersteigende Zerstörung war die Form, mit der die Menschheit von der Beherrschung der Atomkraft Kenntnis bekam. Ein beispielloser wissenschaftlicher Fortschritt trat als Fluch in unser Leben. Was der Menschheit zu ungeahntem Segen gereichen kann, steht im Dienste der Vernichtung und des Todes!

Fluch oder Segen?, eine Frage, die alle beherrscht. Das „Volksecho“ wird als eine der ersten Zeitungen in Westdeutschland die Frage der Atomkraft, frei von Sensationslüsternheit und Zweckpropaganda, verständlich für jeden, den wissenschaftlichen Anforderungen gerecht werdend, umfassend behandeln. Ihr steht die im Verlag „Kultur und Fortschritt“ in Berlin erschienene Schrift von Dr. Georg Klaus und Peter Forst, „Atomkraft — Atomkrieg“, zur Verfügung. „Das Gespensst des Atomkrieges“ ist der erste von uns veröffentlichte Auszug, dem weitere folgen werden.

Redaktion des „Volksecho's“

daß sofort erkannt wird, wo vielleicht die Strahlung unheilverkündend anwächst. Daß sie nicht für alle Fälle ausreichen, beweist der Fall des Dr. Slotin, über den die „Time“ vom 10. Juni 1946 berichtet, und der, in sensationeller und stark dramatisierter Form, vor kurzem als Ente im Rahmen der „moralischen Wiederaufrüstung“ (sprich Schreckoffensive) in der westlich lizenzierten Presse wieder auftauchte. Dr. Slotin arbeitete mit mehreren Gehilfen an Versuchen mit unterkritischen Mengen von Uran 235, als er plötzlich ein blaues Glümmlicht entdeckte, das — als Folge heftiger Ionisation der Luft — der Explosion unmittelbar hervorgeht. In rascher Erkenntnis der Tatsache, daß es nur eine Chance der Rettung gab, nämlich sofortige Zerteilung der unbeabsichtigt erreichten kritischen Masse, sprang Slotin über die Schutzwand und riß die Uranmenge auseinander. Er wurde von den Neutronenstrahlen so stark verbrannt, daß er im Krankenhaus starb, während seine Mitarbeiter schwer angeschlagen wurden.

Große Katastrophengefahr

Die Katastrophengefahr ist trotz aller Vorsicht und Umsicht überhaupt ziemlich groß, weil sich durch die „Kernkorrosion“ alle Materialien, aus denen Instrumente, Vorrichtungen, Apparate, Aufbauten, Schutzanlagen usw. bestehen, ständig verändert — mit statischen, chemischen, physikalischen Folgen, die man mangels Erfahrung auf diesem Gebiet nicht von vornherein übersehen und in Rechnung stellen kann.

Die erste Bombe explodiert

Man kann die Spannung dieser Männer verstehen, als sie endlich, nach sechs langen Jahren eifrigster Arbeit, die Mengen an Uran 235 erzeugt hatten, die für die ersten Atombombenversuche ausreichend erschienen. Am 16. Juli 1945 sollte das erste Experiment in den neumexikanischen Wüsten vor sich gehen. Man hatte die Versuchsbombe auf einem 30 Meter hohen Metallurm angebracht. In sicheren dicken Betonbunkern standen die Beobachter — fünf und acht Kilometer von der Bombe entfernt —, um den Vorgängen mit Hilfe von Fernkameras und stärksten Feldstechern zu folgen. Meßinstrumente aller Art waren in verschiedenen Abständen eingebaut.

Was würde geschehen? Auf diese Frage kam, als die Explosion ausgelöst wurde, eine Antwort von elementarer Wucht. Um nur die wichtigsten Einzelheiten zu nennen: Eine Flammensäule von acht Kilometern Höhe, Temperaturen von 50 000 000 Grad Celsius, die den Metallurm zum Verdampfen und den Sand der Wüste zum Schmelzen brachten, ein Lichtschein, der selbst im Abstand von zehn Kilometer noch

Noch im Jahre 1947 rechnete man in der Industrie für strahlende Substanzen ständig mit einer Unterbrechung der Produktion durch den Zusammenbruch von tragenden Bauteilen und ähnlichen Unfällen infolge von Veränderungen der Formen und Tragfähigkeiten als Kernkorrosionserscheinungen.

Erst gegen Ende des Jahres 1948 war man durch großzügige Ersetzungen, Reparaturen und Verstärkungen so weit gekommen, daß die Gefahr als weitgehend gemildert betrachtet werden konnte. Völlig gebannt ist sie natürlich auch jetzt noch nicht.

Nun, das sind alles Gefahren und Risiken, die mit der Erforschung der Atomenergie und ihrer technischen Verwertungs-möglichkeiten weitgehend unvermeidlich verbunden sein mögen. Würden sie heraufbeschworen, würden alle diese enormen Anstrengungen gemacht, all diese Leistungen vollbracht, um den Frieden und das Glück für die Menschen zu vergrößern und zu sichern: wir alle würden uns in bewundernder Ehrfurcht vor diesen Forschern und ihren Mitarbeitern beugen.

So aber sind sie angestrengt und unter Einsatz all ihrer Fähigkeiten bestrebt, die Gefahr, die unserer Welt und der Menschheit droht, zu vergrößern. Sie sind auf der Suche nach immer verheerenderen Explosivgewalten! Sie produzieren den Tod und die Zerstörung in immer gewaltigerem Ausmaß! Und das alles im Auftrag einiger weniger Leute, die sie nicht einmal kennen, mit denen wir uns später aber noch näher befassen werden.

der Leuchtkraft vieler Sonnen entsprach und Erblindung hervorrief. Erst zwei Monate nach dem Versuch wagte man, den Schauplatz der Entladung zu betreten — und da nur unter Anwendung umständlicher und umfangreicher Vorsichtsmaßnahmen.

Eines stand freilich sofort fest: Die Atombombe war keine Utopie mehr, sondern nun eine handfeste Realität, dazu geeignet, als zusätzliches Gewicht in die Waagschale des Krieges geworfen zu werden, der damals noch nicht beendet war. Und das erschien den leitenden Kreisen in den USA dringend notwendig. Denn mit dem Eintritt der Sowjetunion in den Krieg gegen Japan mußte in Ostasien eine neue Lage entstehen. Unter den Schlägen der Roten Armee mußte die in der Mandchurie stehende japanische Armee bald zerbrechen. Das für die an den Anleihen in China beteiligten amerikanischen Finanziers unerträgliche Gespensst eines raschen Total sieges der Roten Armee aus dem ostasiatischen Festland tauchte auf. Es galt zu handeln. Und Amerika handelte.

Hiroshimas schwarzer Tag

Am 6. August 1945 näherten sich der japanischen Küste bei Hiroshima einige fremde Flugzeuge. Sie wurden von japanischen Radargeräten festgestellt und laufend beobachtet. Die Sirenen von Hiroshima gellten: Fliegeralarm! Die Menschen strömten in die Luftschutzkeller. Dann aber entdeckte die japanische Abwehr, daß es sich nur um drei Flugzeuge handelte, die — vermutlich zu Aufklärungs-zwecken — die japanische Küste in sehr großer Höhe anfliegen. Drei Flugzeuge sind harmlos! Mit einem Fliegerangriff war offensichtlich nicht zu rechnen. In Hiroshima gab man deshalb Entwarnung.

Drei Flugzeuge aber waren nicht mehr harmlos. Seit eben diesem 6. August 1945 gibt es keine harmlosen Flugzeuge mehr, auch keine einzelnen und es wird solange keine harmlosen Flugzeuge mehr geben, bis die Grundursache der Kriege endlich überwunden ist. Eines jener drei Flugzeuge mit dem Kurs auf Hiroshima trug den Tod in einer Gestalt mit sich, die grauenvoller war als aller Tod, der in diesem furchtbaren Kriege je aus Bombenteppichen und Trommelfeuern hervorgebrochen war.

Am 6. August 1945, morgens um 8 Uhr, 16 Minuten, fiel die erste Atombombe zwischen die aus ihren Kellern ins Freie strömenden Einwohner der dichtbevölkerten japanischen Hafenstadt Hiroshima. Zwei-

Was vermag so eine Atombombe ...?

Dabei hatte — darüber waren sich die Fachleute einig — die Bombe eine wahrhaft stümperhafte Arbeit geleistet! Sie war nämlich — und es ist eine Frage, ob und wie das vermieden werden könnte — bei der Explosion sofort in zahllose Stücke zersprungen, in denen, da ihre Größe ja weit unter der kritischen Masse lag, die Kettenreaktion rasch erlosch, so daß die „Leistungsfähigkeit“ der 10 Kilogramm Uran bei weitem nicht voll zur Geltung kam. Ihre Wirkung wurde weiterhin stark beeinträchtigt durch die Tatsache, daß

schen die Hunderttausende von Arbeitern, Angestellten, Frauen, Kindern, alten Leuten. Nicht auf die Palaststadt des ränkösichtigen, verschlagenen Tennos! Nicht auf das Regierungsviertel in Tokio! Nicht auf jene Leute, die sich bemühten, aus ihrem Volke einen kriegerischen Hermitenstamm zu formen, und harmlose, gutmütige Menschen zu Bestien zu erziehen!

Die Bombe explodierte in einer Höhe von 500 Meter. Die Wirkung war, wie erwartet, furchtbar. Im Augenblick war die Stadt in einen brennenden Trümmerhaufen verwandelt. Von den 250 000 Einwohnern waren 60 000 sofort tot. Von den hunderttausend Verwundeten und Beschädigten starb ein Drittel. Die Ueberlebenden litten verzweifelt, entgeistert umher.

Und der fremde, unbegreifliche Tod holte sich schleichend weitere Opfer. Scheinbar Unverletzte legten sich nieder und starben lautlos. Oder sie mußten bei einer heftigen Bewegung feststellen, daß ihnen das Fleisch von den Knochen fiel. Die entsetzliche Wärmestrahlung führte zu der merkwürdigen Erscheinung, daß vielen Menschen das Muster ihrer Kleidung in die Haut gebrannt war. Glück hatte, wer an diesem Tage rein weiße Kleidung trug, die die Wärmestrahlen besser reflektierte. Gewässer, Luft, Lebensmittel — alles war radioaktiv verseucht. Viele unwissende Menschen starben daran.

Hiroshima von einer Hügelkette durchzogen wird, die verhinderte, daß die Druckwirkung sich auf alle Teile der Stadt voll auswirkte. (Die gleichen Gründe verhinderten die volle Auswirkung auch der zweiten Bombe, die drei Tage später auf die Nagasaki fiel und „nur“ 20 000 Sofort-tote verursachte.)

Das war zwar ein Glück im Unglück für die Einwohner von Hiroshima und Nagasaki. Für die amerikanischen Sachverständigen aber war es wenig enttäuschend, daß sie auf diese Weise um die Erfüllung

ihrer begreiflichen Wunsches gekommen waren, eine anschauliche Demonstration der vollen Wirkung ihrer Bombe zu erhalten. Sie beeilten sich, nach der Kapitulation Japans an den Schauplatz ihres Großversuches zu kommen und genauestens zu registrieren, was das Werk ihrer jahrelangen Bemühungen auszurichten imstande gewesen war. Auch andere Amerikaner kamen und sahen, andere Menschen, die nicht nur technisch-wissenschaftlich — militärisch — und im ganzen kapitalistisch — dachten, sondern eben menschlich; die standen da, waren erschüttert, hörten mit Tränen in den Augen von den Leiden der Menschen und schrieben flammende Proteste an die amerikanische Öffentlichkeit. (Wieweit sie inmitten des offiziellen Atomrummels zu Worte kamen, ist uns nicht bekannt.) Ihre Berichte runden das Bild ab, das die trockenen Statistiken der Fachleute nur unvollkommen (für das menschliche Auge wenigstens) umrissen hatten.

Eine solche Statistik, eine kleine und bescheidene, wollen wir unseren Lesern doch nicht vorenthalten, da sie die mordende Wirkung der Bomben recht gut veranschaulicht. Sie gibt die Todeszahlen in verschiedenen Entfernungen vom Einschlagsort der Bombe an:

Table with 2 columns: Entfernung vom Einschlag, Tote auf je 100 Personen. Rows: 0-400 Meter (95), 400-800 Meter (85), 800-1200 Meter (58), 1200-1600 Meter (35).

Man sieht: die Entfernung spielt eine wichtige Rolle bei der Entscheidung über die Aussicht, sofort zu sterben — oder erst den Nachwirkungen zum Opfer zu fallen. Da sie aber nicht schlechthin entscheidend ist, sondern daß auch andere, vorerst noch unberechenbare Faktoren eine Rolle spielen und die Aussichten für die Bevölkerung ganz allgemein recht düster sind, sobald der Schatten von Atombomben auf sie fällt, erweist die Tatsache, daß man noch ein Jahr später, 1946, auf einer 8 Kilometer von Hiroshima entfernten Insel 600 Tote entdeckte die der Strahlenwirkung zum Opfer gefallen waren.

... und was vermag sie nicht?

Die Bilanz der Bombenwürfe auf Hiroshima und Nagasaki ist schauerlich genug. Durch die furchtbaren Folgen der Strahlungen, die während und nach der Explosion auftreten, stellt die Atombombe zweifellos eine neue, grausige Variante jener Mittel des Luftkrieges dar, unter denen die Zivilbevölkerung im vergangenen Krieg so schwer zu leiden hatte.

Die Zivilbevölkerung! Wie aber steht es mit der militärischen Wirkung der Atombombe? Wie sind die Aussichten für ihren Einsatz an den Fronten?

Atombombe und Front

Nun, wer den Krieg an der Front erlebte, wird sich erinnern, wie verhältnismäßig gering die Verluste bei Bombenangriffen auf Stellungen und weit auseinandergezogenen Angriffslinien war. Tatsächlich spielte die Bombenwaffe im operativen Kampf keine sehr große Rolle. Wo sie eingriff, geschah dies mit leichten, höchstens mittelschweren Bomben (soweit es sich nicht um Angriffe auf starke Befestigungsanlagen handelte). Die Anwendung schwerer und schwerster Bomben war und ist angesichts der Weiträumigkeit und re-

Experimente von Bikini und Eniwetok

Die Experimente von Bikini und Eniwetok — Koralleninseln im Stillen Ozean, wo nach dem Kriege weitere Versuchsbomben geworfen wurden — waren für die Veranstalter dieser Demonstration insofern enttäuschend, als die Bomben unter den um die Abwurfstellen verteilten Schiffen aller Art und unter den auf ihnen und den Inseln ausgesetzten Tieren bei weitem nicht die Verheerungen beziehungsweise Blutbäder anrichteten, die man erwartet und im Interesse eines kräftigen Propaganda-schocks auch erhofft hatte.

Die erste der Versuchsbomben, die sogenannte Abel-Bomb, detonierte am 1. Juli 1946 um 9 Uhr 34 Minuten ungefähr 500 Meter über dem Wasserspiegel zwischen dem Flugzeugträger „Independance“ und dem japanischen Kreuzer „Sawaka“ — übrigens nicht genau der Punkt, der für die Explosion vorbestimmt war.

Versenkt oder schwer beschädigt wurden alle Schiffe, die sich innerhalb eines Umkreises von 1000 Yards (rund 900 Meter) befanden. Von den ausgesetzten 3030 Ratten, 176 Ziegen, 147 Schweinen, 109 Mäusen und 57 Guinea-Schweinen wurde ein kleiner Teil durch den Explosionsdruck oder durch die Hitze sofort getötet. Ein weiterer Teil ging nachträglich an den Verbrennungen oder an den durch die Strahlung verursachten organischen Veränderungen ein. Weit mehr als die Hälfte der Tiere überlebte die Katastrophe.

Die zweite Bombe, die sogenannte Baker-Bomb, wurde am 25. Juli 1946 um

Aber auch die der Hölle der ersten Atombombenexplosion zunächst scheinbar unversehrt entronnenen Bewohner Hiroshimas erwarteten fürchterliche Ueber-raschungen.

Bei der explosiven Spaltung des Urans entstehen nämlich zahlreiche radioaktive Substanzen von sehr kurzer Lebensdauer, die ihre Strahlungsenergie in Minuten, zum Teil sogar in Sekunden abgeben. Was das bedeutet, wird uns klar, wenn wir uns erinnern, daß das Radium fast 1600 Jahre braucht, bis es auch nur die Hälfte seiner Strahlungsenergie abgegeben hat. Wie gemächlich und harmlos ist das im Vergleich zu den schnellebigen, energischen, gewalttätigen neuen Kollegen! Deren Wirkung veranschaulicht uns eine einfache Rechnung:

Ein Gramm radioaktiver Substanz mit einer „Halbwertszeit“ von einer Minute hat die gleiche Strahlungswirkung wie 1600 mal 365 mal 24 mal 60 (Jahre) (Tage) (Std.) (Min.) rund 850 000 000 g — 850 000 kg Radium

Wenngleich die Wirkung dieser Substanz nach unserer Annahme nur kurze Zeit anhält, so kann man sich doch auch als Nicht-physiker vorstellen, was das heißt: ein Gramm strahlt wie 850 000 Kilogramm Radium! Trotzdem aber kann man sich die Folgen nicht ausmalen, die sich herausstellten! (Sie sind auch längst noch nicht alle zutage getreten.)

Zahlreiche Männer und Frauen wurden durch diese ungeheure Strahlung sterilisiert, Hautzerstörungen, auch mit tödlichen Ausmaßen, undefinierbare Rheumaerscheinungen, Lungendefekte und andere Krankheiten traten auf, vor denen die Ärzte noch ratlos stehen. Durch die bevorzugte Zerstörung der blutbildenden Gewebe wurde die unheilbare perniziöse Anämie (Blutarmut) zum weitverbreiteten Leiden, an dem Tausende langsam, aber sicher elend zugrunde gingen und noch gehen.

Besonders erschreckend trat die Einwirkung der Strahlen auf die Keimzellen ein (soweit sie nicht zerstört wurden), die — im Guten wie im Bösen — in ihren Möglichkeiten und den sich ihr ergebenden Folgerungen heute noch gar nicht abzusehen ist. Es handelt sich um Veränderungen in der biologischen Vererbung, die zu unbeschreiblichen „Mutationen“ führte. Kinder, die nach der Katastrophe gezeugt wurden, kamen vielfach mit grotesken Mißbildungen zur Welt.

Am besten kann die Pflanzenwelt weg. (Für die die Bombe ja auch nicht bestimmt gewesen war!) Dort führte die Strahlenwirkung auf die Keimzellen nicht nur zu — in diesem Bereich ja uneingeschränkt interessanten — Miß-, Um- und Neubildungen, sondern teilweise auch zu ungeahnten Fruchtbarkeitsteigerungen. Riesenkürbisse, Getreideähren von enormer Größe und Körnerzahl und andere erfreuliche Uebererraschungen wurden geerntet. Wenn sie auch nicht unbeachtet blieben, so muß doch leider festgestellt werden, daß die maßgebenden Kreise in den USA sich weit weniger mit ihnen und ihren vielversprechenden Folgerungen befassen, als vielmehr mit der Frage: Wie kann man die Atombombe weiter „verbessern“?

lativen Leere moderner Schlachtfelder unrentabel und unsinnig, da sie die notwendige großflächige Streuung unmöglich machen.

Leichte Atombomben aber gibt es nicht und kann es, wie wir gesehen haben, nicht geben. Die Atombombe stellt — nicht ihrem Gewicht, aber ihren Kosten und ihrer Wirkung nach eine ultraschwere Bombe dar, von der für den ganzen Krieg mit geradezu weltweiten Fronten einige hundert, ebenfalls wenige tausend Stück zur Verfügung stünden. Kein Generalstab könnte es sich unter diesen Umständen leisten, das Schlachtfeld mit Atombomben zu pflastern, um einige Bataillone Infanterie und eine Handvoll Panzer je Bombe außer Gefecht zu setzen.

Diese Ueberlegungen werden unterstrichen durch die Ergebnisse der bisher bekannten Abwürfe von Atombomben. Sowohl in Hiroshima als auch in Nagasaki war festzustellen, daß Gräben und Dekungs-löcher in der Erde, soweit sie nicht unmittelbar im Explosionszentrum lagen, einen verhältnismäßig sicheren Schutz gegen die Wirkung der Bomben bieten.

8 Uhr 35 Minuten unter Wasser zur Explosion gebracht. Ein riesiger Wasserpfütz erhob sich, der alles zu verschlingen schien. Trotzdem waren von den dicht versammelten Schiffen (darunter auch kleinen und kleinsten) nur 9 gesunken und 8 ernsthaft beschädigt. Bei der Untersuchung der Schiffe mußten besondere Vorsichtsmaßnahmen und Schutzvorrichtungen angewandt werden, da sie für einige Zeit „strahlend“ geworden waren.

Amerikanische Sachverständige errechneten hinterher, daß die Strahlung der Bombe 35 000 Mann getötet hätte, wenn die Schiffe normal bemannt gewesen wären. Eine solche Bombe unterhalb von New Yorks Battery bei steifem Südwind abgeworfen, müßte zwei Millionen Menschen das Leben kosten, meinten sie mit jenem bombastischen Stolz, mit dem das offizielle Amerika die Qualität der Menschen nach ihrem Einkommen, die Qualität neuer Erfindungen aber nach den Leichenbergen, die sie zu verursachen vermögen, zu messen pflegt. Solche Schätzungen besagen weiter nichts, als daß man gerne in „imponierenden“ Zahlen schwelgt.

Immerhin, die Versuche hatten bestätigt, was man bereits wußte: Daß nämlich die Detonationswelle bei der Explosion einer Atombombe weniger gefährlich und unberechenbar ist, als die ausgelöste Strahlung.

Hinter verschlossenen Türen

Gemeint ist mit dieser Überschrift nicht etwa das Lustspiel gleichen Namens von Sartre, das gegenwärtig im Nationaltheater über die Bretter geht, sondern gemeint ist die verlassene Stadtratsitzung, die unlängst unter Ausschluss der Öffentlichkeit tagte.

„Endlich wieder mal ein Stadtratsitzung“, dachten die Presseleute erleichtert und eilten mit Notizblock, Bleistift und einer Schachtel Zigaretten in der Tasche zum Regierungssitz in K 7, wo sie indessen der wachhabende Cerberus sanft bedeutete, daß die Tagung nichtöffentlich sei.

Was war los? War in der Umgebung unserer Vaterstadt Uran gefunden worden und tagte jetzt eine Atomkommission? Oder nahm der Südstaat greifbare Formen an und sollte Mannheim bei diesem genialen staatsmännischen Projekt zur Hauptstadt erklärt werden, was die Karlsruhe glatt ins Grab bringen würde?

Nichts dergleichen. Ein neuer Geschäftsverteilungsplan war sanktioniert worden und ein paar Ehrenbürger ernannt. Deshalb schloß man die Öffentlichkeit und auch die Presse aus.

Wenn eine Außenministerkonferenz im Palais rose in Paris sich hinter gepolsterten Türen hermetisch verschließt, dann ist dies motiviert und irgendwie begründet. Wenn aber der Mannheimer Stadtrat dies tut, dann wundert man sich sehr und sucht vergebens nach dem Grund.



Die Instinktslosigkeit des Stadtrats

Einem Kommuniqué des städtischen Pressechefs Meinecke verdankt es die Öffentlichkeit, daß sie überhaupt Kenntnis erhielt von einem in der letzten nichtöffentlichen Stadtratsitzung gefaßten Beschluß von größter Tragweite. Unter dem harmlosen Vorwand einer neuen Geschäftsverteilung hat die städtische Bürokratie ihrem bisher mehr oder minder getarnten Anspruch, möglichst unbehindert durch die lästige Kontrolle der Vertreter der Bevölkerung, die Gemeinde zu beherrschen, sichtbare und legale Form verliehen können. Der erste Schritt dazu ist getan, auch in Mannheim nach größerem Vorbild die Herrschaft der Bürokratie offen zu etablieren. In seltener Instinktslosigkeit ließ sich der Stadtrat von Mannheim dazu verführen, sich

Alarmzeichen im Mannheimer Rathaus

Das Aufkommen der bürokratischen Diktatur

Das Mannheimer Nationaltheater läßt uns zur Zeit in einem Sartreschen Einakter einen Blick hinter die verschlossenen Türen des Jenseits tun. Laßt die Toten! Auch im Diesseits gibt es verschlossene Türen und insbesondere im Rathaus der lebendigen Stadt Mannheim spielen sich seit geraumer Zeit die wichtigsten Vorgänge unter sorgfältigem Verschluss ab. Selbst dem doch durchaus autoritätstreuen „Mannheimer Morgen“ fällt dies allmählich auf und er kann — vielleicht um sich nicht angesichts des Abonnementsterbens, das seine Monopolstellung erschüttert, von der amerikanischen „Neuen Zeitung“ in Bezug auf offenerzige Behandlung Mannheimer Angelegenheiten allzu sehr beschämen zu lassen — nicht umhin, sein Erstaunen darüber zu äußern, daß immer wieder hinter verschlossenen Türen, in nichtöffentlichen Sitzungen des Stadtrats und seiner Ausschüsse Dinge behandelt und entschieden werden, welche das Licht der Öffentlichkeit nicht nur durchaus vertrauen, sondern direkt verlangen.

Das Aufkommen der bürokratischen Diktatur

Das Mannheimer Nationaltheater läßt uns zur Zeit in einem Sartreschen Einakter einen Blick hinter die verschlossenen Türen des Jenseits tun. Laßt die Toten! Auch im Diesseits gibt es verschlossene Türen und insbesondere im Rathaus der lebendigen Stadt Mannheim spielen sich seit geraumer Zeit die wichtigsten Vorgänge unter sorgfältigem Verschluss ab. Selbst dem doch durchaus autoritätstreuen „Mannheimer Morgen“ fällt dies allmählich auf und er kann — vielleicht um sich nicht angesichts des Abonnementsterbens, das seine Monopolstellung erschüttert, von der amerikanischen „Neuen Zeitung“ in Bezug auf offenerzige Behandlung Mannheimer Angelegenheiten allzu sehr beschämen zu lassen — nicht umhin, sein Erstaunen darüber zu äußern, daß immer wieder hinter verschlossenen Türen, in nichtöffentlichen Sitzungen des Stadtrats und seiner Ausschüsse Dinge behandelt und entschieden werden, welche das Licht der Öffentlichkeit nicht nur durchaus vertrauen, sondern direkt verlangen.

glückliche, Das parteipolitisch motivierte Bestreben nach Beherrschung der Schlüsselstellungen zeitigte unorganischer Konstruktionen und führte zu einer Überbelastung des Oberbürgermeisters und seines ersten Stellvertreters, die sich früher oder später als untragbar erweisen mußte. Aber darüber hinaus war das leitende Kollegium für eine Stadt von über 200 000 Einwohnern zu klein. Der logische Schluß wäre gewesen, es durch Hinzuzahl von weiteren Beigeordneten zu vergrößern, um so, auf breiteren Schultern, zu einer zweckmäßigeren Geschäftsaufteilung zu gelangen. Dem Wunsch nach Abbau eines übertriebenen Zentralismus und Entlastung der leitenden Männer wäre dadurch Rechnung getragen, ohne dem demokratischen Aufbau der Stadtverwaltung einen so schweren Stoß zu versetzen, wie es geschehen ist.

Das Aufkommen des demokratischen Charakters der Stadtverwaltung

Man ging nämlich mitnichten diesen einzigen möglichen Weg, sondern bildete an Stelle der bisher fünf Referate deren neun, von welchen fünf von gewählten Männern, nämlich den Bürgermeistern und Beigeordneten, und vier durch Berufsbeamte, welche künftig den Titel Stadtdirektor tragen, versehen werden. Das leitende Kollegium ist erweitert, aber um den Preis der völligen Aufgabe seines durch sein Hervorgehen aus einer demokratischen Wahl bestimmten Charakters. Nicht mehr ausschließlich vom Volk direkt oder indirekt beauftragte Männer bestimmen künftighin über die Geschicke der Stadt Mannheim, sondern das höhere Berufsbeamtentum — das bewährte, das so vielen Regierungen treu gedient hat, die städtische Bürokratie — wir gebrauchen diesen Terminus nicht als Schimpfwort, sondern lediglich zur Klassifikation, — hat seine Herrschaft angetreten. Daran ändert auch

Nichts gegen die Notwendigkeit,

wenn es die sich wandelnden Umstände erfordern, die Geschäftsverteilung einer Stadtverwaltung entsprechend zu ändern. Im Auftrag des Stadtrats übte bisher in Mannheim ein von diesem gewähltes Kollegium, der Oberbürgermeister und seine Stellvertreter, nämlich der Bürgermeister und drei Beigeordnete, die leitenden Funktionen aus. Der Gesamtbereich der städtischen Geschäfte war so aufgestellt, daß jede dieser fünf gewählten Persönlichkeiten ein bestimmtes Ressort oder Referat verantwortlich leitete, wobei dem Oberbürgermeister die Gesamtverantwortung zukam. Die einzelnen Amtsvorstände und leitenden Fachbeamten unterstanden den jeweiligen Referenten.

Was durfte nicht sein?

Zweifellos war die bisherige Aufteilung der einzelnen Referate nicht unbedingt eine

Die eine Hand nimmt, was die andere gibt

Zuschüsse zur Beschaffung von Kartoffeln und Heizmaterial — Ein unverständlicher Abzug

Der Sozialausschuß Mannheims entsprach in seiner letzten Sitzung einem von der KPD eingebrachten Antrag auf Gewährung einer Winterbeihilfe für Minderbemittelte, der sich im wesentlichen mit einem Vorschlag der Verwaltung deckt. Danach soll für Fürsorgeempfänger, Sozialrentner und Minderbemittelte, deren Einkommen über die Fürsorgegrenze nicht hinausgeht, eine Beihilfe zur Beschaffung von Brennstoff und Kartoffeln gewährt werden. Es erhalten für Brennstoff: Alleinstehende 18 DM, Ehepaare 24 DM, Ehepaare mit einem Kind 30 DM, mit zwei bis drei Kindern 36 DM, mit vier und mehr Kindern 42 DM. Die Beihilfe für Kartoffelbeschaffung beträgt für die gleichen Empfängergruppen 14 DM, 21 DM, 28 DM, 35 DM, 42 DM, für Familien mit vier Kindern 49 DM und für Familien mit fünf und mehr Kindern 56 DM.

Die Sozialrentner in den Genuß dieser Beihilfen können sollen. Auch die Erhöhung der Fürsorgegrenze für Haushaltsangehörige über 16 Jahre auf 28 DM ist in Karlsruhe nicht genehmigt worden. Der Sozialausschuß beantragte den Referenten für das Wohlfahrtswesen, nochmals in der Angelegenheit zu verhandeln.

Er hatte einen Holzkoffer in der Hand, ein Brotbeutel mit Kochgeschirr umgehängt und sogar ein Blumensträußchen angedeckt und wollte sich den Anschein eines Rußlandheimkehrers geben. Er spezialisierte auf das Mitleid der Straßenpassanten, um Unterstützung zu bekommen. In Mannheim-Waldhof interessierte sich die Polizei für diesen vermuthlichen Rußlandheimkehrer. Dabei stellte er sich als ein ganz gerissener Schwindler heraus, der schon in verschiedenen Städten auf diese Weise erfolgreich aufgetreten war.

Falscher Rußlandheimkehrer ertappt

Am Mittwoch vormittag fiel den Passanten in verschiedenen Straßen Mannheims ein junger Mann in verschliffener Klei-

30 DM, ein jämmerliches Zeichen

Versammlung der Postarbeiter und Beamten

Mannheim. Zu einer sehr lebhaften Diskussion über die Notlage der bei der Post beschäftigten Arbeiter und Beamten kam es in einer von der Postgewerkschaft einberufenen öffentlichen Versammlung, in der Kollege Thol vom Hauptvorstand sprach. Der Redner gab ein umfassendes Bild über die Tätigkeit der Gewerkschaft, betonte besonders den erreichten Fortschritt in bezug auf die Ortsklasseneinteilung (jetzt fünf statt sechzehn Ortsklassen). Nach der Währungsreform sei es gelungen, eine Lohnsteigerung von 20 bis 41 Prozent durchzusetzen. Mit der Behauptung, daß die Postgewerkschaft bei der Deutschen Post „sehr gute Löhne“ erreicht habe, stieß der Redner allerdings auf den schärfsten Widerspruch der Versammlung. In der Diskussion hielten die Postler dann auch nicht hinter dem Berge zurück. „Es ist ein jämmerliches Zeichen“, sagte ein Diskussionsredner, „daß ein Facharbeiter 30 DM Wochenlohn erhält. Hier ist es, wo uns der Schuß drückt.“ Ein anderer Postler erzählte, daß er mit zwei Kindern einen Monatslohn von 124 DM habe. Er mußte sich 400 DM Vorschuss geben lassen, für Anschaffung von Betten, weil seine Kinder auf dem Boden geschlafen haben. Jetzt ist es ihm unmöglich, die-

sen Vorschuss zurück zu bezahlen. Von der Lohnerhöhung würde infolge der vielen Abzüge nichts übrig bleiben, sagte ein weiterer Kollege. Kritisiert wurde auch, daß die Jungboten keinen Lehrvertrag erhalten. Ein überflüssiger Dienstvorstand habe nach 1 1/2 Jahren entdeckt, daß drei Jungboten für den Postdienst nicht geeignet seien. Diesen Jugendlichen seien 1 1/2 Jahre verloren gegangen. Kritisiert wurde auch die Handhabung bei der Beförderung, besonders die weiblichen Angestellten im Wähleramt würden benachteiligt.

In längeren Ausführungen beschäftigte sich der Vorsitzende der Mannheimer Postgewerkschaft, Kollege Schaad, mit der unrichtigen Einstufung Mannheims in Ortsklasse B. Seine vielen Bemühungen auf Änderung sind bisher ohne Erfolg geblieben.

Das Schlußwort des Kollegen Thol wird wohl keinen der anwesenden Postler befriedigt haben. Der Redner versuchte zwar, verschiedene aufgeworfene Fragen zu klären, sprach viel von der großen „Postfamilie“, wo einer dem andern helfen müsse, übergang aber die Kernfrage der Diskussion, nämlich die niederen Löhne.

Der Mannheimer Stadtrat hatte seinerzeit einstimmig beschlossen, daß die Rentenverbesserung nach dem Sozialversicherungs-Anpassungsgesetz auf die Fürsorgeempfänger nicht angewendet werden soll. Nach einem Erlass des Innenministeriums ist diese Freilassung der Rentenverbesserung gemäß Anordnung der Militärregierung nicht zulässig. In Mannheim muß daher die Anrechnung vom 1. November ab doch vorgenommen werden. Die Stadtverwaltung beabsichtigt aber, den dabei anfallenden Betrag von 125 000 DM für Hausrats-, Bekleidungs- und Möbelbeihilfen an Minderbemittelte zu verwenden, wobei dann auch

Ab morgen

bringen wir den spannenden Roman von R. A. Stemmler:

„Affäre Blum“

Der Roman beruht auf Tatsachen. Die Affäre liegt mehr als zwanzig Jahre zurück und ihre dunklen Hintergründe, die hart am Justizmord vorbeigehen, erregten damals ein weit über die deutschen Grenzen hinausgehendes Aufsehen.

Ochsenperch als Todesfalle

Bunkerbrand gefährdet 250 Menschenleben

Tausende von Einwohnern Mannheims müssen immer noch in Bunkern hausen. Daß dieser Zustand nicht nur gesundheitsschädlich und sozial bedenklich, sondern auch mit erheblichen Gefahren für die Bunkerbewohner verbunden ist, bewies ein Ereignis, bei dem nur dank glücklicher Umstände und umsichtiger Rettungsmaßnahmen der Berufsfeuerwehr der Verlust von Menschenleben verhütet werden konnte. Wie bereits durch die Presse gemeldet, geriet am vergangenen Donnerstag, 20 Uhr, infolge eines Transformatorchadens der sogenannte Ochsenperchbunker am rechten Neckarufer nahe der Jungbuschbrücke in Brand. Fünf Erwachsene und vier Kinder mußten mit erheblicher Rauchvergiftung ins Krankenhaus eingeliefert werden und eine Anzahl weiterer Bunkerbewohner erlitten leichtere Rauchvergiftungen. Es muß mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß die Beschaffung von menschenwürdigen und gefahrlosem Wohnraum für die Bunkerbewohner eine vorrangige Aufgabe ist; oder soll erst der Verlust von Menschenleben die Verantwortlichen über diese soziale Pflicht aufklären?

Eine kulturelle Werbschrift

Die Vortragsgemeinschaft beabsichtigt die Herausgabe einer Werbschrift. Allen Vereinen und sonstigen Organisationen, die auf nichtgewerbliche Weise kulturell tätig sind, können sich in dieser Werbschrift über ihre Tätigkeit ausweisen. Entsprechende Einwendungen müssen bis 1. Dezember 1949 bei Direktor Hans Forth in der Rosengartenverwaltung eingegangen sein.

Wiener Herz in Warschau

Premiere „Walzerzauber“ von Werner Willi Göttig

Zur Strauß'schen Musik aus vergessenen Operetten des Walzerkönigs steuerte Göttig ein Libretto bei, das er mit kühnen Griffen aus galantem Erleben des Meisters und einem kleinen Malheur in Warschau zusammenklautete (müßig), gehört zum ältesten Klischee der Operette mit Potentaten, Fürsten, kapriziösen Kontessen und sagt uns doch bei Gott heute nichts mehr. Es ist ein Einfall ohne Einfälle, mit Anleihen nach rechts und links, zucker-süßer Wiederholung des aus der Donau-Filmproduktion bis zur Unerträglichkeit gesprochenen Wiener Charms, Reminiszenzen aus der Mottentwelt vergangener Kaiserherrlichkeiten, Absud aus zusammengewaschenen Resten der bewährten Küche.

Mit zum Teil dramatischer Besetzung stieg das Nationaltheater in diese Uraufführung, voran Schweska als Gouverneur, als Operetten-Pizaro, Schweska spielte alles an die Wand, nicht nur infolge raumverdrängender Körperlichkeit, sondern auch durch strahlenden Humor — von der „Gogolsszene“ des ersten, wie auch im Prunkbild des zweiten Aktes. Die sehr neckischen heiratstüchtigen Töchterchen und Hilla den Händen von sehr verliebten Adjutanten der Zarinn mimte Hans Beck mit sehr drastischen Mitteln. Die am ärmlichsten bedachte Ziska Werchau kämpfte als Große Katharina in dieser hoffnungslosen „Wurzen“ auf verlorenem Posten.

Becker setzte dieses Spiel in Szene, Petry bebilderte es. Das Publikum, von Straußens

Musik entzündet, belachte gnädig die furchterlichen Kalauer und spendete Darstellern und auch dem anwesenden Autor langanhaltenden Applaus.

Querschnitt des Filmes

Tyrone Power, Amerikas Filmhieblich Nr. 1, sah man diesmal in einer etwas komplizierteren Rolle in „Abenteuer in der Südsee“ im Capitol. Die Geschichte eines um sein Erbe gebrachten jungen englischen Aristokraten, der im 18. Jahrhundert vom leib-eigenen Stallknecht über den Verfolgten bis zum glücklichen Ende abenteuerliche Lebensstationen durchläuft, bekommt durch eine Südsee-Episode ein paar Jack-London-Lichter.

Was erregte, war der immer sympathische Power und seine soziale Kritik (sofern sie sich auf Vergangenheit bezieht, gestaltet sich Hollywood da kräftige Töne). Was ein wenig zum Lächeln reizte, war das im Studio aufgebaute Atoll mit seinen sehr ästhetisch bekleideten Insulanern, die ein merkwürdiges Idiom sprechen. Erfreulichste Augenweide: das Südsee-mädchen der bezaubernden Gene Tierner.

Brave Handwerkerlei war „Diese Nacht werde ich nie vergessen“ im Palais, neue-deutsche Produktion nach altem Schnittmuster. Die Fabel ersann Gustav Fröhlich, der beiläufig als Hauptakteur glänzte, ohne besonderen Eindruck zu machen, und dem es gelang, eine ebscheue Schöne (Winnie Markus) eines Besseren zu belehren.

Ein neues Wiener Lied erklang im Alster: „Gottes Engel sind überall“. Seelenkonflikt eines Mannes, der als von seiner Truppe versprengter Soldat einen Jungen findet, welcher von seiner Mutter bei einem Fliegerangriff abgedrängt wurde. Wie sich die Ereignisse im Film doch stets duplizieren! Flori, der Junge, findet seine Mutter wieder, Joschi, der Alte, nimmt nach kurzer Freundschaft bei-wegen Abschied. Gottes Engel sind überall... Franz Mohr

„Wir können uns das leisten...“

Mit der Uraufführung dieses kabarettistischen Spiels hat sich das neugegründete Apollo-Ensemble auf das Beste eingeführt.

Jahnelz Jahn zeigt uns in zehn Bildern in feinen geistvollen Satiren und ersten, be-sinnlichen Szenen die sozialen Nöte des heu-tigen — vor allem — jungen Künstlers und die Misere unseres „famosen Zeitalters“.

Hyazinth im Mittelpunkt des Spiels, versucht sich als Schauspieler, Maler und Dichter stets mit dem gleichen Erfolg: Überall Unverständnis und Ablehnung. Zeitgemäße Entwicklung: Hyazinth wird fliegender Händler und verkauft Fischpaste als Universalmittel. Nächste Etappe als Pseudogänger und Versicherungs-agent. Alles geht schief und Hyazinth endigt vor dem „Existenzberechtigungsbeamten“. — „Was soll ich nun anfangen?“ — „Lassen Sie sich begraben!“ — „Ist es zurück?“

Aber da tritt „Sie“ in Erscheinung und Hyazinth entzieht sich mit ihr unseren Blicken. Ob ihn das Ewig-Weibliche hinan oder hinab zieht, wir wissen es nicht. Lassen wir die Frage offen und wenden wir uns dem Regisseur Kurt Neufert zu, der eine schöne Ensemble-leistung zustande brachte.

Als Hyazinth bot Günter Roeder eine ausgezeichnete schauspielerische und tänzerische Studie, überzeugend in den heiteren und ernsten Szenen. Liane Fuchs verteidigte ihren Hyazinth mit viel Charme und gutem Erfolg. Paul Ehmann, in drei Rollen, bewährte sich als guter Charakterdarsteller.

Zum Ensemble gehört weiter Horst Knoll und Rudi Burow, die in der Szene der Gemälde-galeriedurchsicht eine sehr originelle Darstellung auszeichneten. Die übrigen Darsteller: Elli Goretke (als raffinierte Chansonette), Hermann Doerfer (als Ankläger Hyazinth), Else Lore Fischer, Jane Schuchardt und Jutta Thiele-Lohfink boten alle durchweg erfreuliche Leistungen, sprachlich dürfte allerdings da und dort ausreizen werden.

Eine besonders reizvolle Note erhält die kaleidoskopartige Bildfolge durch die delikate und spritzig-temperamentvolle Musik von Norbert Schütze, der durch seine Märchenoper

„Schwarzer Peter“ Furore machte. Der Kompo-

nist hatte selbst die musikalische Leitung.

Die Bühnenbilder des Mannheimer Malers Rudi Baerwald interessierten durch ihre amüsanten und abstrusen Einfälle.

Die „Verkörperung“ der Picassofiguren und der ekstatische Tanz in der Barszene waren von Ballett sehr gut gekommt.

Das Publikum ließ sich sofort von diesem geistreich-witzigen Spiel fesseln und dankte mit gutem Applaus.

Elisabeth Bergner kommt

Am Dienstag, dem 1. Nov. 1949, um 20.30 Uhr, wird Elisabeth Bergner, die sich gegenwärtig auf ihrer ersten Deutschland-Tournee nach dem Kriege befindet, in den Alster-Licht-spielen ein Gastspiel geben, in dessen Rahmen sie das Mono-Drama von Cocteau, „Die menschliche Stimme“, ferner die Gerichtsszene aus Bernard Shaws „Heilige Johanna“, Szenen aus Schnitzlers „Fräulein Else“ und Werke von Shakespeare, Goethe und Rilke zum Vortrag bringen wird. Das Wiedersehen mit dieser einmaligen Schauspielerin, die der älteren Generation der Mannheimer aus ihrem Gastspiel im Nationaltheater 1927 (als „Heilige Johanna“) noch in bester Erinnerung lebt, wird zweifellos ein künstlerisches Ereignis werden.

Kulturnotizen

Ein weiteres unbekanntes Strauß-Lied befindet sich, wie der Berliner „Nachtexpress“ meldet, in Berliner Privatbesitz. Es handelt sich um eine Vertonung aus dem „Westfälischen Dichte“ von Goethe. Vier bisher unveröffentlichte Lieder von Richard Strauß befinden sich, wie bereits berichtet, im Besitz der norwegischen Sängerin Kirsten Flagstad.

Die von Tschalkowskij im Jahre 1867 in Alter von 27 Jahren komponierte Oper „Wojwod“, deren Partitur man bereits für verloren hielt, ist jetzt von dem sowjetischen Musikwissenschaftler Professor P. Lamm aus verstreut aufgefundenen ersten Entwürfen Tschalkowskys wieder zusammengestellt und der Leningrader Oper übergeben worden.

nicht der Vermerk, daß die Referate der Stadtdirektoren dem des Oberbürgermeisters angegliedert seien. Bisher als Amtsvorstände unter einem gewählten Beigeordneten oder Bürgermeister tätig, sind die neugebackenen Stadtdirektoren nunmehr der lästigen demokratischen Kontrolle und Leitung weitgehend ledig, eingedrückt in die Funktion von Referenten, welche bisher nur gewählten Männern vorbehalten war.

Die Spitze muß politisch sein

Wir halten im allgemeinen nicht allzu viel von transatlantischen Weisheiten, wie sie gegenwärtig den Markt überschwemmen, aber jener einen hätte sich der Herr Oberbürgermeister und die Befürworter seiner Neuerungen nicht verschließen sollen, welche besagt, „experts should ever be on tap, but never on top“, daß man die Mitarbeit des Fachmanns durchaus würdigen, aber diesen niemals an die Spitze stellen soll.

Die vielgerühmten „Fachleute“

Wer noch einen Zweifel hegt, was dies zu bedeuten hat, der wird durch die schriftliche und mündliche Erklärung des Herrn Oberbürgermeisters Heimerich eindeutig darüber belehrt. „Ich mache kein Hehl daraus, daß ich das Institut der politischen Beigeordneten für verfehlt ansehe“ — das hätte der Herr Oberbürgermeister vor seiner Wahl der Mannheimer Bevölkerung offen sagen sollen! —, „und daß ich es für richtig halten würde, neben drei politischen, auf die Zeit gewählten Bürgermeistern (einschließlich des Oberbürgermeisters) sechs bis sieben Beigeordnete als Fachbeamte zur Verfügung zu haben.“ Dahin geht also der Kurs, der durch diesen ersten Schritt eingeleitet wurde. Die gewählten Beigeordneten, um sie anrühlich zu machen, belegt man sie mit dem Attribut „politische“, sollen also ganz verschwinden und übrig bleiben die vielgerühmten „Fachleute“ (ein verächtliches Wort, mit welchem die Reaktion in jüngster Vergangenheit bereits allerlei gemanagt hat), die Herren Stadtdirektoren, welchen dann sogar noch der Titel eines Beigeordneten, ausgestattet mit Stimmrecht in ihrem Geschäftsbereich, verliehen wird. Und nicht zu vergessen, statt der bisherigen zwei, nunmehr drei Bürgermeister. Hat sich Herr Dr. h. c. Heimerich bei diesem famosen Vorschlag von dem Grundsatz „tres faciunt collegium“, der allerdings wohl mehr für die Zelebrierung gewisser akademischer Riten Gütlichkeit haben dürfte, leiten lassen, oder bedeutet der dritte Bürgermeister die Bestätigung des „on dit“, daß OB Heimerich nicht auch, sondern mehr der Kandidat der CDU gewesen sei?

Gleichviel! Das ist kein fortschrittlicher Kurs des immer weiteren Ausbaus einer demokratischen Selbstverwaltung, sondern ein reaktionärer und autoritärer Kurs der Bürokratisierung, den ein Mannheimer Stadtrat, eingedenk seines von der Bevölkerung empfangenen Auftrags auf keinen Fall dulden oder gar unterstützen darf.

Spiegelfechtereien des OB

Ganz nebenbei: OB Heimerich begründet seine Neuregelung mit der Notwendigkeit eines „Abbaus des Zentralismus“. Ist dies aber mehr als spiegelfechterisches Herumwerfen mit Worten, die sich bekanntlich mit Leichtigkeit zur rechten Zeit einstellen, wenn nunmehr dem Oberbürgermeister zu seinem fünf großen und wichtigen Abteilungen umfassenden Referat noch die vier Referate der Herren Stadtdirektoren mit zehn Abteilungen unterstehen? Das scheint uns vielmehr eine Bewegung zur Zentralisierung hin zu sein, zur Bürgermeisterdiktatur, welche, wie selbst gänzlich „unverdächtige“ kommunalpolitische Sachverständige zugeben, in dem Tohuwabohu der verschiedenen Gemeindeordnungen in Westdeutschland nebst deren Variationen einen günstigen Nährboden findet. Das hat weniger mit dem individuellen Machtstreben der einzelnen Person, also etwa unseres OB Dr. Heimerich zu tun, sondern ist ein überpersönlicher Vorgang, der sich nur des Mediums der leitenden Persönlichkeiten bedient. Unser neuer Oberbürgermeister scheint allerdings leider ein besonders geeignetes Medium zu sein.

Nicht nach dem Geist von Vorgestern!

Die jetzt in Mannheim beschlossenen Neuordnungen, und erst recht die noch darüber hinausweisenden Absichten des Herrn Oberbürgermeisters dürfen unter keinen Umständen für eine künftige einheitliche deutsche demokratische Gemeindegesetzgebung in Betracht kommen. Auch dann nicht, wenn sich der Herr Oberbürgermeister dabei auf „die gute alte Zeit“ von vorgestern beruft. Er beweist damit noch einmal, wie sehr er eigentlich seinem ganzen Habitus, seinen politischen Gedanken und Intentionen nach ein Epigone bürgerlich-liberaler Bestrebungen aus der Zeit vor dem ersten Weltkrieg ist. Was damals sinnvoll und vorteilhaft war, muß auf die heutige Zeit übertragen, als Anachronismus wirken. Der Geist von vorgestern, der falschlich vorgibt, der Geist von heute zu sein!

Der Geist von gestern führte mit der Deutschen Gemeindeordnung von 1935 das nazistische Führerprinzip in die Gemeindeverwaltung ein. Wir wollen nicht hinter das Gestein zurück, sondern vorwärts, in eine demokratische Zukunft! Selbst der heutige fragmentarische Zustand der Gemeindegestaltung, in so vielen Formen als Bürgermeisterverfassung, als Magistratsverfassung oder als sonst er sich darstellt, geht grundsätzlich von der demokratischen Wahl des Leiters der Gemeinde und seiner nächsten Mitarbeiter, der Beigeordneten oder der hauptamtlichen Stadträte aus. Dieser Grundgedanke, den die deutsche Arbeiterbewegung von jeher — auch die alte Sozialdemokratie — vertreten hat, und gegen den der neue Mannheimer Oberbürgermeister jetzt zu Felde zieht, bildet einen unveräußerlichen Bestandteil einer noch zu schaffenden demokratischen Gemeindeordnung. In Verteidigung dieses demokratischen Prinzips muß der Mannheimer Stadtrat entschlossen gegen jeden Versuch auftreten, ihn zu einer bloßen Attrappe herabzuwürdigen, einer bequemen Dekoration der Bürgermeisterdiktatur und autoritären Bürokratenherrschaft, die sich bedrohlich im Mannheimer Rathaus ankündigt. —nemo-

„Glaubt an Gott und mich!“

Der Propagandarede des „Transformators göttlicher Heilkräfte“

Da war ein Mann aus dem Gröning-Kreis, der eröffnete im Rosenpark einer sehr kleinen Gemeinde die „Wunder“ seines Meisters. Er redete lang und redete viel, betonte, daß er seinerzeit als ein Skeptiker zum Traber-Hof bei Rosenheim gewandelt, dort -sozusagen sein Damaskus erlebte, und aus einem Saulus ein Paulus geworden sei. Nun reist er (in wessen Auftrag?) im goldenen Westen umher und macht die Wunder-süchtigen mit den Offenbarungen seines Meisters bekannt, gegen ein nicht allzu kleines Eintrittsgeld versteht sich.

Wunder über Wunder ereignen sich auf dem Traber-Hof, teils durch Einzelbehandlung, teils durch Massenabfertigung — so der Redner. Vom Balkon aus, nach minutenlangem Inschiversenken und höchster Konzentration mit deutlichem Appell an den Willen des Kranken zur Gesundung und Händeauflegen derselben auf die Schenkel, befiehlt Gröning: „Ihr seid gesund!“ Und die Lahmen erheben sich, humpeln fort, Blinde konstatieren unter Aufschreien, daß sie das Augenlicht wiedergewonnen haben, die Schmerzen der Leidenden sind wie weggeblasen, die hartnäckigste Darmverschlingung löst sich und Tausende jubeln, durch einen Gott von ihren Leiden erlöst zu sein. Der Einwand medizinischer Kapazitäten, daß Gröning nur sogenannte „psychogene Fälle“, (Leiden, die aus krankhaften seelischen Zuständen herrühren), hin und wieder heilen könne, niemals aber organische oder bakteriöse, ist nach den Aussagen dieses Jüngers glänzend widerlegt. Auch Fernheilungen mittels Medium vollbringe der Wunder-

doktor und Zahnschmerzen heile er telephonisch. Vivisektion, Operationssäle, klinische Untersuchungen und Heilmethoden modernster Wissenschaft, die mechanistische Auffassung Virchows, der Materialismus überhaupt ist nach den Worten des Redners überwunden, es triumphiert das „Göttliche“, der „Transformator göttlicher Heilkräfte“, Gröning. Ohne mit der Wimper zu zucken brachte der Anreißer des Wunderdoktors denselben in eine Parallele mit Christus. Er forderte im Namen der Kranken Heilstätten für Gröning zur Ausnutzung dieser „Naturkraft“.

Sich mit diesem abstrusen Rummel näher auseinanderzusetzen ist Sache der Wissenschaft. Es gibt einen seelischen Faktor, der zweifellos mit zur Gesundung beitragen kann. Shaw drückt dies am besten in seiner Komödie „Zu schön um wahr zu sein“ aus, indem er sagt: „Nicht die Medizin, sondern der Glaube des Kranken an die Medizin heilt ihn.“ Vielleicht erklärt dies den einen oder anderen Heilerfolg des

Wunderdoktors, der übrigens in seiner Heilpraxis auch viel Rückschläge erlebt. Allein verwerflich und gemeinschädlich ist der Reklameflug des Gröning-Kreises, der seinem Meister übernatürliche göttliche Heilkräfte zumißt mit der präherischen Verkündigung, daß jener alles heilen könne. So kommt es, daß abertausende Heilung-suchende den Traber-Hof umlagern, mit offener Tuberkulose und epileptischen Krankheiten behaftet, ohne Nachfragen im Freien, was den Auflösungsprozeß nur beschleunigt.

„Wunder“ liegen im Zeichen der Zeit, sind Ausgeburt der Not: vor wenigen Tagen erst sahen Schulkinder bei Thurn (Mittelfranken) die Mutter Gottes leibhaftig und in Febrbach (Palz) ereignete sich ein ähnliches Mirakel. Die Einbildung bringt etwas zu Wege, vornehmlich die suggerierte. Das Wunder der Ina Hages wurde entlarvt als das Märchen einer überspannten kleinen Betrügerin. Und alle Wunder des anmaßenden neuen Messias in Rosenheim, der schau sich in allen Stücken auf Gott beruft, — „Glaubt an Gott und mich!“ — werden das Kapitel Dummheit und Humbug um einige Seiten bereichert haben.

Schlimm, wenn es schon bei den Nachrichten beginnt

Meldungen, die dann widerrufen werden

Vor Tagen hat Dr. Schacht im „Mannheimer Morgen“ eine Richtigstellung gebracht, wonach er weder im Bundeshaus in Bonn vorbespaziert, noch von einem Pressevertreter gefragt worden sei, warum er nicht in das Bundeshaus gehe. Frage und Antwort des „Mannheimer Morgen“ seien frei erfunden.

Es begegnete uns in letzter Zeit häufiger, daß hinterher Pressemeldungen widerrufen wurden. Man steht vor der Frage, welchen Nachrichten darf man noch glauben, obwohl doch Nachrichten außer Zweifel stehen sollen.

Nicht widerrufen — aber?

Schacht geht spazieren — Demonstranten angeklagt

Der Innenminister von Nordrhein-Westfalen soll (nach dem „MD“) einmal angekündigt haben, wenn Dr. Schacht den Boden des Landes Nordrhein-Westfalen betreten werde, würde er ihn verhaften lassen. Nun, Dr. Schacht hat ihn betreten und zwar in Düsseldorf, das er nach Presseberichten kürzlich unter Polizeibegleitung fluchtartig wieder verlassen mußte. Zahlreiche Demonstranten (bestimmt keine „alten Kämpfer“) erzwangen diesen Abzug. Dabei wurde verächtlich ein Mann, der Dr. Schacht ähnlich sah, verprügelt.

Die Antwort, warum der Innenminister sein Wort nicht wahr gemacht hat, können wir aus neuerlichen Meldungen ersehen, von denen wir annehmen wollen, daß sie nicht frei erfunden sind. Da zeigt sich, daß der Justizminister von Nordrhein-Westfalen grundsätzlich anderer Auffassung zu sein scheint wie der Innenminister. Er hat ein Ermittlungsverfahren durch die Oberstaatsanwaltschaft in Düsseldorf einleiten lassen, aber beliebt nicht gegen Dr. Schacht — denkste wohl! — sondern gegen die Demonstranten wegen Landfriedensbruch. Damit bei den westlichen Demokraten etwa auftauchende Zweifel sofort behoben werden und die Garde der „alten Kämpfer“ nicht gereizt wird, heißt es ausdrücklich in dem Bericht, „daß Dr. Schacht für die Staatsanwaltschaft völlig uninteressant sei!“

Wir kennen diese Art des Vorgehens unserer demokratischen Justiz. Sie hat schon einmal die Demokratie in der Weimarer Zeit mit Hilfe des Republik-Schutzgesetzes „geschützt“, bis sie unter den Stiefelabsätzen der SA und SS am Boden lag. Wir erinnern nur an die sattsam bekannten Klassenurteile des damaligen Reichsgerichts, bzw. Staatsgerichtshofes. Auch da-

mals hat man es ausgezeichnet verstanden, scheinbar die Interessen der Demokratie zu wahren und in Wirklichkeit hat man den Faschismus gefördert.

Lokale Nachrichten aus Mannheim

Sonntagsfahrkarten an Allerheiligen. Die Sonntagsfahrkarten der Bundesbahn gelten von Samstag, 28. Oktober, 12 Uhr, bis Dienstag, 1. November, 24 Uhr, für die Hin- und für die Rückfahrt nach bis Mittwoch, 2. November, 12 Uhr.

Veränderung im Omnibusverkehr. Seit dem 24. Oktober ist bei der Autobuslinie A 10 Waldhof — Käthehof die Haltestelle Forststraße wieder aufgehoben. Dafür wurde die frühere Haltestelle „Frohe Arbeit“ wieder eingeführt und die bisherige Haltestelle „Zäher Wille“ an die Straße „Kleiner Anfang“ verlegt.

Gesellschaft zur Wahrung der Bürgerrechte e. V. Mannheim-Heidelberg. Die Gründungsversammlung mit Vorstandswahl findet am Freitag, 28. Oktober, 19 Uhr, im Rosengarten statt.

Zwei Niederschläge in einer Woche

Am Samstag in den Morgenstunden wurde eine zur Arbeitseinstellung der Straßenbahn-schaffnerin in Käthehof-Süd von einem farbigen Soldaten angesprochen und durch Faustschläge auf den Kopf schwer mißhandelt. Bereits einige Tage vorher war ein von der Arbeit heimgehender Kellner am Mitternacht vor dem Herschelbad von zwei amerikanischen Soldaten am Feuer angesprochen und dann mit Fausthieben bewußtlos geschlagen worden. Die unbekannten Täter raubten dem Ueberfallenen dann die Brieftasche mit 150 DM und seine Armbanduhr. Diese Ueberfälle häufen sich. Man müßte erwarten, daß hier seitens der zuständigen Stellen nachdrücklich eingeschritten wird.

Gräber-Aufruf

Im Hauptfriedhof Mannheim sollen umgegraben und neu belegt werden: A. Die Reihengräber von Erwachsenen: VI. Teil, 2. Abt. aus der Zeit vom 2. März 1904 bis 8. März 1908 und aus der Zeit vom 2. März 1907 bis 29. Juli 1928.

B. Die Urnengräber: V. Teil, aus der Zeit zwischen dem 2. Januar 1933 und dem 31. Juli 1934 überlassen. Hierzu gehören auch solche Gräber, in denen später eine weitere Bestattung oder Urnenbestattung erfolgt ist, ohne daß die Ruhestätte verlängert wurde. Anträge auf Erhaltung der Gräber für eine weitere zwanzig-jährige Ruhestätte (gegen eine Gebühr von 50,— DM) sind bis zum 31. Dezember 1949, 12 Uhr, bei der Friedhofverwaltung (Hauptfriedhof, Zimmer 4) fristlos einzureichen. Die Hinterbliebenen, welche die Erhaltung der Gräber nicht wünschen werden aufgefordert, die Grabstätte einschließlich Fundament, Einfassungen sowie Pflanzungen, bis spätestens 31. Dezember 1949, 12 Uhr, für die Räume der Gräber ist die Erlaubnis der Friedhofverwaltung einzuholen. Nach Ablauf der Frist

Wird Stillelegung vermieden?

Deutsche Bergin, Mannheim-Rheinau. Durch Bemühungen und Verhandlungen bei den Regierungsinstanzen erhofft die Geschäftsleitung die Rettung des Werkes, das in kurzer Zeit völlig stillgelegt werden soll.

Hensel, Teigwarenfabrik, Weinheim. Nachdem bereits vor einiger Zeit 20 Belegschaftsmitglieder entlassen worden sind, sollen jetzt weitere 29 Frauen und 12 Männer folgen. Der Absatz an Teigwaren ist zurückgegangen, weil die große Masse der Verbraucher mit ihren kärglichen Einkommen gezwungen ist, sich nach billigeren Lebensmitteln umzusehen.

Die Arbeiter von Altlußheim sind eingeladen

Gewerkschaftsbund Altlußheim. Am 29. Oktober, abends 20 Uhr, spricht im Gasthaus „Zur Palz“ Gewerkschaftssekretär Schwenn, Heidelberg, in einer öffentlichen Gewerkschaftsversammlung über Gewerkschafts- und Lohnfragen.

Selbst in führenden Großbetrieben ...

Mannheim. Nachdem die Erhöhung der Erziehungsbefehle für Lehrlinge gesetzlich in Kraft getreten ist, haben selbst führende Mannheimer Großbetriebe die mit dem Industrieverband Metall vereinbarte Teuerungszulage bei den Lehrlingen gestrichelt.

Abstrich an Heimkehrer-Beihilfe

Vor dem Feste las mans anders Karlsruhe. Einen Monat vor der Wahl wurde die übliche Einkindzulage für Heimkehrer von baren 100 DM in eine Naturalleistung umgewandelt. Die Landesverwaltung des Innern ordnete an, daß die Heimkehrer-Betreuungsstellen den bedürftigen entlassenen Kriegsgefangenen einen Anzug, ein Paar Schuhe, Socken, Unterhose, Hemd, Binder, Handtuch und zwei Taschentücher auszuhandigen haben. Diese Ausstattung stellte einen Wert von ungefähr 200 DM dar.

Angesichts der hohen Zahl der gestellten Anträge — es sind beläufig 7-8000 Fälle in Nordbaden — erklärt sich die Innere Verwaltung neuerdings außerstande, diese Naturalvergabe weiterhin durchzuführen und ordnete wieder die Barauszahlung von einhundert DM an. Dies aber nur in den „allerbedürftigsten Fällen“, die von den Städt. Wohlfahrtsämtern überprüft werden müssen.

Die Abdankung im Gefängnis

CDU-Stadtrat Huber Komplize eines Großschiebers

Um die Affäre Huber war es in den letzten Wochen merkwürdig still geworden, bis vor kurzem eine kleine Notiz im „Mannheimer Morgen“ eine Wiederbelebung brachte. Die Mannheimer Öffentlichkeit erfuhr dadurch, daß der Parteisekretär der CDU Mannheim, Kreisvorsitzender der „Europa-Union“ und Landesvorsitzender der „Jungen Union“, Stadtrat Willi Huber, sein Mandat und alle angeführten Ämter niedergelegt und aus der CDU ausgetreten sei. Umfangreiche Zollhinterziehung, Verschlebung von Lebensmittel-Liebesgaben und eine Urkundenfälschung seien ihm zur Last gelegt und seitens der Staatsanwaltschaft Anklage in diesem Sinne erhoben.

Der Mannheimer Kriminalpolizei war mit der Verhaftung Hubers ein Schlag gelungen, dessen spätere Ausweitungen sie wohl zunächst selbst nicht übersehen konnte. Um die Hintergründe aufzuleuchten und die Verbindungsleute des Schieberkonsortiums, das mit Liebesgaben aus der Schweiz lukra-

tive Geschäfte machte, aufzudecken, arbeitete ein Spezialist unserer Kripo dort drüben, in der Heimat Tels: Der Name Dreyfuß tauchte im Ergebnis der Ermittlungen auf, man entdeckte Spuren, die nach Stuttgart führten. Es erfolgte der zweite Schlag — man verhaftete in Stuttgart vor vier Wochen besagten Dreyfuß und hatte damit den dunklen Hintermann, der bei der Übergabe der 20 Tonnen Liebesgaben an Huber auch in Mannheim ein kurzes Gastspiel gegeben und mit den kurz darauf spurlos verschwindenden 18 Tonnen (eine Tonne war an die Europa-Union und eine Tonne an den hiesigen Caritas-Verband übergeben worden) ebenso spurlos verschwunden war. Dem Vernehmen nach ist Huber höchstwahrscheinlich das Werkzeug dieses Menschen gewesen, der vermutlich ein Großschieber ersten Ranges ist.

Dreyfuß alias Korn (welches ist der richtige Name?) gab an, aus Dresden gebürtig und polnischer Abstammung zu sein. Auf Intervention amerikanischer Dienststellen wurde er inzwischen gegen Kautions auf freien Fuß gesetzt. Weitere Details zu bringenden Untersuchungen gestatten es nicht. Was aber außer Zweifel steht, das ist die Tatsache, daß der Fall Huber eine Affäre von allergrößtem Ausmaß ist, so weitmaschig, daß man auf den Prozeß sehr gespannt sein darf.

Es soll hier noch festgestellt werden, daß entgegen kursierenden Gerüchten der Caritas-Verband mit dieser schmutzigen Geschichte nicht das mindeste zu tun hat und daß Huber, wie irrtümlich im Zusammenhang mit dessen Verhaftung von unserer Zeitung gemeldet, nie Geschäftsführer des Mannheimer Caritas-Verbandes war. — hr

Versammlungskalender

KPD Waldhof. Am Freitag, dem 28. Okt. 1949, um 20 Uhr, Mitgliederversammlung im „Rheintal“, Oppauer Straße. Bericht von der Kreiskonferenz.

Fehlendes soziales Verständnis

Bei Bürgermeister und Stadtrat in Heidelberg für die Unterstützungsempfänger

Der Antrag der Kommunistischen Partei auf Gewährung einer einmaligen Winterbeihilfe für Brennstoff und Einkellerungskartoffeln an alle Unterstützungsempfänger hat in der letzten Sitzung des Heidelberger Stadtrats eine einstweilige Ablehnung erfahren.

Bürgermeister A mann, SPD, machte es sich mit seiner Argumentation leicht. Den Wohlfahrtsempfängern einen Zuschuß für Brennmaterial zu geben, erübrige sich, da vor drei Monaten an diese bereits eine Brennstofflieferung erfolgt sei. Daß er dabei davon sprach, daß der kommunistische Antrag „offene Türen“ einrenne, wird bei den Fürsorgeempfängern bestimmt nicht auf Verständnis stoßen, denn es wird keiner mehr unter ihnen sein, der von der kleinen Zuteilung heute oder gar für die kommenden Wochen noch etwas besitzt.

Waren diese fadenscheinigen Auslassungen des sozialdemokratischen Bürgermeisters zur Bemäntelung seines sozialen Unverständnisses beziehend genug, wurden diese aber erst recht erhellt durch seine Begründung, mit der er die Zurückstellung des KPD-Antrages auf Beihilfe für Winterkartoffeln durchsetzte. Diese lautete nämlich, daß man abwarten müsse, bis der Landtag zur gleichen Frage — die kommunistische Fraktion hat im württembergischen Landtag einen Antrag auf Winterbeihilfe in Höhe von 30 DM für den Haushaltsvorstand und 10 DM für jedes Haushaltsmitglied gestellt, der dem Finanzausschuß überwiesen wurde — entschieden habe. Die gleiche Sachlage hat andere Städte wie beispielsweise Mannheim nicht gehindert, Unterstützungsbefehle zu beschließen und auch auszubehalten.

Das einzige, wozu sich der Heidelberger Stadtrat bereit fand, war die Gewährung einer Erhöhung der Milchzulage für Säuglinge und Kleinkinder während der Wintermonate. Angeregt war dies durch Bürgermeister A mann, der glaubte, damit sein Gewissen über die Ablehnung des kommunistischen Antrages beruhigen zu können. Seine Bemerkung zu den Kommunisten: „Glauben Sie ja nicht, daß wir weniger sozial empfinden als Sie“, drückte dies aus. Die Unterstützungsempfänger, die noch vergeblich auf die Winterbeihilfe warten, werden auch den Heidelberger Bürgermeistern nicht nach seiner Versicherung, sondern nach dem, was er getan hat, beurteilen.

In der gleichen Sitzung wurde über eine Unterstützung für Spätheimkehrer beraten. Außer den Leistungen des Wohlfahrtsamtes für bedürftige Heimkehrer, soll in Zukunft jeder aus Kriegsgefangenschaft zurückkommende 50 DM Bargeld erhalten. Die bisherigen Vergünstigungen (Freifahrtkarte der Straßenbahn für einen Monat, zwei Bade- und zwei Theaterkarten) bleiben erhalten.

Der Stadtrat befähigte sich außerdem mit dem Wegfall der Bahnübergänge innerhalb der Stadt durch Verlegung der Odenwaldbahn durch den Königstuhltunnel sowie mit der Bildung eines Städtischen Sportausschusses.

Aus dem Heidelberger Landkreis

Sandhausen. Der Mangel an erschließbarem Baugelände veranlaßte die Gemeindeverwaltung alle Baulücken am Anfang und Ende der Hauptstraße, am Haastzier und am Ausgang der Bahnhofstraße auszubauen zu lassen. Ob allerdings die Grundstücke zugehörig auch die finanziellen Mittel zur Ueberbauung ihres Geländes aufbringen können, ist eine andere Frage, die nicht dadurch gelöst ist, daß man ihnen einen Termin setzt, bis wann mit dem Bau begonnen werden soll.

Waldorf. In der letzten Gemeinderats-sitzung wurden die Arbeiten zur Kanalisation (2. Bauabschnitt) vergeben, nachdem ein Gesamtzuschuß von 88 260 DM als gesichert betrachtet werden darf.

Gegen die Stimmen der KPD und SPD verzog der Gemeinderat diesen Auftrag je-

doch nicht an die Firma mit dem niedrigsten Angebot, sondern an die Baufirma Krämer-Heidelberg, deren Angebot 5000 DM höher lag als das einer Sandhauser Firma. Der Gemeinderat beauftragte den Bürgermeister beim Kreisschulamt Heidelberg darauf hinzuwirken, daß grundsätzlich bei allen Lehrstellenbesetzungen oder Versetzungen, die Stellungnahme des Gemeinderats einzuholen sei. Anlaß war ein Austausch von Lehrkräften zwischen Talrbach und Waldhof, ohne sich vorher mit den Gemeinden zu verständigen.

Mit der Schwierigkeit der Gartenbewässerung rechts der Waldstraße beschäftigte sich die letzte Versammlung des Gartenbauvereins. Die Herstellung der Anschlüsse an den inzwischen verfallenen Hauptstrang stößt auf große finanzielle Hindernisse. Auf Grund verschiedener Vorschläge wurde Wassermeister Schlar beauftragt, die jetzt möglichen Arbeiten bei niedrigstem Kostenaufwand in Angriff zu nehmen.

Ziegelhausen. Seit Kriegsende war der früher Verkehrs- und Verschönerungsverein nicht mehr tätig gewesen und schließlich ganz verschwunden. Jetzt wurde er wieder neu gegründet, was angesichts der Lage von Ziegelhausen zur Hebung des Fremdenverkehrs und seiner Bedeutung als Luftkurort schon früher hätte geschehen sollen.

Neckargemünd. Man soll nicht durch allzu laute Verkündigungen über „gesicherte Bauprojekte“ den Eindruck erwecken wollen, als ob im Wohnungsbau tatsächlich etwas geschehen würde. Dies mußte jetzt der amtierende Bürgermeister erfahren. In der letzten Gemeinderats-sitzung hatte er ein Siedlungsprojekt angekündigt, bei dem die BASF Ludwigshafen die Finanzierung übernehmen werden, weil nur Werksangehörige diese Wohnungen erhalten sollten, wobei in Neckargemünd die erforderlichen Bauplätze zur Verfügung gestellt werden. Jetzt wird dieses durch eine Bekanntmachung des Werkes dahingehend berichtet, daß die Siedler selbst die Baukosten aufbringen müssen. Peinlich für Stadtverwaltung und Lizenzpresse, die schon soviel Aufhebens von der Sache gemacht hatten.

Betriebsarbeiterkonferenz für den Stadt- und Landkreis Heidelberg

Am Sonntag, dem 30. Oktober 1949, vormittags 9.00 Uhr, findet im Hotel „Zum schwarzen Schiff“ in Heidelberg-Neuenheim eine Betriebsarbeiterkonferenz der KPD statt. Referent: Rudolf Kohl, Arbeitsminister a. D.

Weinheimer Sportfragen

Bis zum Jahre 1933 bestand das Freie Sportkartell mit 13 Sparten und 1400 Mitgliedern aus einer Leistungsfähigkeit, die kein Verein weit und breit aufbrachte. Dann wurde es von den Machthabern des Dritten Reiches zerlegt, aufgelöst und seines Vermögens beraubt. Es wurden allein für 7000 RM Geräte weggenommen, sowie der Sportplatz mit dem darauf stehenden und vom Sportkartell gebauten Vereinshaus der SA übergeben.

1945 waren sich alle einsichtigen Männer des Sports in Weinheim klar, daß eine wirkliche Leistungsfähigkeit auf dem Gebiete des Sports nur ermöglicht werden kann, wenn alle Sportler und Sportarten in einem Verein zusammengefaßt werden können. Darum gründete man das Sport- und Kulturkartell. Alle Sportler waren über die gute Zusammenarbeit begeistert. Da kam, wie aus heiterem Himmel, das Auflösungsdekret der Militärregierung. Wer den Sportlern diesen Streich gespielt hatte, ist bis jetzt noch nicht bekannt, vielleicht wird man es aber doch noch eines Tages erfahren. Nach der Auflösung gründeten sich nacheinander alle früher bestehenden bürgerlichen Vereine wieder.

Erst nach langem Zögern und nachdem sich herausstellte, daß es verschiedene Leute auf den Sportplatz abgesehen hatten, um ihn zu industriellen und anderen Zwecken zu gebrauchen, entschlossen sich die Arbeiter-sportler ihre frühere Vereinigung wieder zu gründen. Fünf Fußballmannschaften, zu denen sich in dieser Woche noch eine alte Herrenmannschaft gesellte, eine Handballmannschaft, die allerdings eine Verjüngung erfahren muß, Schüler-Abteilungen, die jeden Monat stärker werden, stehen jetzt wieder. Auch eine Frauenabteilung wurde gegründet. Ueber die geleistete Arbeit kann sich jeder in dem in der nächsten Zeit stattfindenden Elternabend ein Urteil bilden. L. S.

Was den Mann der Arbeit interessiert

Betriebsrätevollversammlung

Gewerkschaftsbund Mannheim. In einer Betriebsräte-Vollversammlung spricht am Freitag, dem 28. Oktober, nachmittags 14.30 Uhr, Kollege Engelhardt-Heidelberg über den „I. Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes in München“. Der Ortsausschuß blüht um pünktliches Erscheinen.

... wird sich auf die Hinterfüße stellen müssen

Bopp & Reuther, Mannheim-Waldhof. Die Firma hat in den letzten Monaten ansehnliche Summen zum Aufbau von Gebäulichkeiten, zur Anlage von Parkplätzen und ähnlichem aufgewendet. Die Vorbereitungen zu einem neuen Projekt, das Hunderttausende kosten wird, sind getroffen. Die Belegschaft erwartet nun, daß man nun endlich auch einmal Geld ausbittet, um die soziale Lage der Arbeiter und Angestellten zu verbessern. Schließlich wurden ja die großen Summen für die Finanzierung der verschiedenen Projekte von der Belegschaft erarbeitet. Die bisherige Geschäftsleitung hat sich selber recht abnehmend verhalten, während Herr Dr. Fritz Reuther, glücklich entnazifizierter ehemaliger Wehrwirtschaftsführer, der im Begriffe ist, die Zügel im Betrieb wieder an sich zu reißen, mit Versprechungen nicht geizt. Soll der üble Eindruck aus der Nazizeit verwischt werden? Die Arbeiterschaft wird sich auf die Hinterfüße stellen müssen, wenn sie etwas erreichen will.

Kartoffellieferungen an Betriebe abgesagt

Daimler-Benz, Mannheim-Luzernberg. Die Bemühungen des Betriebsrates, für die Belegschaft beim Großhandel Winterkartoffel zum Preise von 8,50 DM zu beziehen, sind bisher fruchtlos geblieben. Drei Großhändler haben nach anfänglicher Zusage erklärt, daß sie für diesen Preis nicht liefern können.

Wird sich die Hoffnung erfüllen?

Brown Boveri, Mannheim-Käthehof. Zur Einkellerung von Winterkartoffeln und Winterbrand hat die Firma den Arbeitern einen Vorschuß von 50 DM gegeben, der in Raten à 3 DM wöchentlich zurückgezahlt werden soll. In der Belegschaft ist die Hoffnung verbreitet, daß die Firma aus sozialen Gründen auf eine Rückzahlung des Geldes verzichten wird.

Das Volkshaus zurückgeben

Gewerkschaftsbund Hockenheim. Aus Anlaß der Rückgabe des Volkshauses an die Arbeiterschaft, findet am 29. Oktober, abends 8 Uhr, im Volkshaus eine Feierstunde für die

Gewerkschaftsmitglieder statt. Dieselbe wird mit Musik, Gesang und Theateraufführungen umrahmt. Das unter vielen Opfern von der organisierten Arbeiterschaft Hockenhaims erstellte Volkshaus war im Jahre 1933 von den Nazis beschlagnahmt worden.

Niederlage einer Firma

Columbia, Weinheim. Die Firma mußte vor dem Landesarbeitsgericht Heidelberg eine neue Niederlage einstecken. Mit ihrer Berufung gegen einen Spruch des Arbeitsgerichts Mannheim hätte sie keinen Erfolg. Sie wollte die Genehmigung zur Entlassung des Betriebsratsvorsitzenden A. erzwängen. Schließlich gab Herr Klotzbach, der absolut in die Fußstapfen seines Vorgängers Dr. Giebel treten will, seine vorläufige Zustimmung zu einem Vergleichsvorschlag, nach welchem die Firma noch 1200 DM an den Betriebsratsvorsitzenden, der selbst keinen Wert mehr auf die Beschäftigung legt, zahlen soll.

Gekürzte Zulagen

Heizungsindustrie Württemberg-Baden. Die vor einiger Zeit abgeschlossenen Verhandlungen brachten eine Verschlechterung im Zulagewesen. Die Montezulagen für Hilfsmonteur und Helfer wurden um 25 Prozent gekürzt. Im einzelnen bedeutet das ein Abbau von 25 Pfennig in Zone I, von 60 Pfennig in Zone II, und von 1 DM in Zone III pro Tag. Es ist unerfindlich, wie dieser Abbau der Montezulage gerechtfertigt werden soll, schließlich sind die unvermeidlichen Ausgaben, die dem Einzelnen bei Auswärtsmontage entstehen, eher noch höher geworden.

Im Elektro-Handwerk abgewehrt

Elektro-Handwerk Württemberg-Baden. In den Verhandlungen mit den Unternehmern konnten die Forderungen der Arbeitgeber auf Kürzung von Montezulagen abgewehrt werden.

Entlassungen drohen

Grün & Billfinger, Heidelberg. Aus Anlaß der bevorstehenden Beendigung des Baues der Friedrichsbrücke über den Neckar wird die Firma 73 Arbeiter entlassen. Aus Mangel an Aufträgen ist es nicht möglich, ihre eingearbeiteten Arbeitskräfte anderswo einzusetzen. Stotzkoniakt G. m. b. H., Heidelberg. Es wird damit gerechnet, daß die Firma über die bereits vorgenommenen Entlassungen hinaus noch weit größere Entlassungen plant. Ursache sei ein katastrophaler Auftragsrückgang, insbesondere infolge der Ebbe in der Bauwirtschaft.

Hat Thomas Mann Unrecht?

Gibt es keine Refaschisierung in Westdeutschland?

Kürzlich ging die Nachricht durch die Presse, Thomas Mann habe in den USA erklärt, die westlichen Militär-Regierungen hätten ein Wiedererleben des Faschismus in den Westzonen ermöglicht. Ein Sprecher der amerikanischen Militärregierung nahm dies zum Anlaß, um in einer Erklärung diesen Vorwurf entkräftet zurückzuweisen.

Es ist schwer, keine Satire zu schreiben. Wenn diese Zurückweisung zu häuslichem Gebrauch irgendwo in Kalifornien erfolgt wäre, dann hätten sich die Leute dort vielleicht darüber streiten können, wem man nun eigentlich glauben dürfe, Thomas Mann oder seinen Zurechtweiser.

Aber hier in den Westzonen? Wo jeder sich selbst überzeugen kann, wo man Bände schreiben mußte, wollte man auch nur ein blasses, unvollkommenes Abbild des Refaschierungsprozesses entwerfen? Das Schwarzbuch über die Refaschisierung der Westzonen Deutschlands für die Jahre 1945 bis 1949 ist noch nicht geschrieben. Leider, denn es würde insbesondere den Völkern Westeuropas und der Vereinigten Staaten die Augen darüber öffnen, was in ihrem Namen in Deutschland geschehen ist, und es würde ihnen die hier errichtete „Demokratie“ zeigen, wie sie wirklich ist — und nicht wie man sie ihnen ausmalte.

Solange dieses Schwarzbuch nicht geschrieben ist, bleibt alles was man über die Refaschisierung sagen kann, Stückwerk, zusammengestellt nach den zufälligen, willkürlichen Gesichtspunkten eines einzelnen. Aber wenn schon dieses Wenige tausendfach beweist, daß Thomas Mann Recht hat, welche Anklage und welches Verdammungsurteil würde eine Sammlung des Materials ergeben?

Die Drahtzieher in Freiheit

Papen, Schacht, Bankier Schröder, Thyssen, die Drahtzieher des Hitlerschen Machtübernahme in Freiheit und Schacht gar als erfolgreicher Buchautor und Mitarbeiter an Zeitungen. Hitlers Generaloberst Halder und sein Lieblingsmarschall Guderian in amerikanischen Diensten. SS-Generäle, die Pension beziehen. Ein Führer der Henleinpartei im „demokratischen“ Parlament. Ein 1946 als Militärarzt von den Amerikanern hinausgeworfener Politiker als Minister. Ein Parteiführer und Bundestagsabgeordneter, der tschechische Zwangsarbeiter für Auschwitz angeworben hat. Ein anderer, gegen den Anklage wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit erhoben wurde.

Die Männer der Rüstungsindustrie und der Großbanken, die Drahtzieher des Faschismus und des Krieges, die Stinnes, Zangen, Bluecher, Dinkelbach, Kost, Roelen, Reusch, Pferdenges — in den führenden Wirtschaftsposten. Der Herausgeber des „Stürmer“ als „demokratischer“ Verlagsdirektor. Einer der journalistischen Sterne am Goebbels-Himmel, Dr. Best — als ebenso „demokratischer“ Publizist. Die Autoren des Herrenmenschentums, des Blut und Bodens, des Volk ohne Raum und des germanischen Soldatentums, die Ernst Jünger, Edwin Erich Dwinger, Hans Grimm, August Winnig — als Apostel „Europas“ und der „abendländischen“ Zivilisation.

Thomas Mann ist nicht ahnungslos

Sollte Thomas Mann Unrecht haben? Oder sollte das ganze ein Mißverständnis sein, und der ahnungslose Thomas Mann sich vielleicht die „Entnazifizierung“ und „Entmilitarisierung“ Deutschlands anders vorgestellt haben als der amerikanische Sprecher und die Regierung, für die er sprach? Sollte Thomas Mann vielleicht vor allem darin Unrecht haben, daß er glaubt, der Geist des Faschismus sei wieder lebendig in den Westzonen Deutschlands?

Die Sache hat uns keine Ruhe gelassen. Ein einzelner kann unmöglich alles „geistige Schaffen“ bewältigen, das in den Westzonen seinen Verleger findet. Aber auch dieser machtlose Einzelne kann sich ein paar Sonntagszeitungen und einige illustrierte Blätter durchsehen und ihren „Geist“ erforschen. Das Ergebnis einer einzigen solchen Auslese, die überdies keineswegs Anspruch auf Gründlichkeit erheben kann, sei hier festgehalten. Der Leser wird dann sicherlich zu dem Schluß kommen, daß der ganze Streit zwischen Thomas Mann und dem Sprecher der amerikanischen Militärregierung auf einem furchtbaren Mißverständnis beruht.

Musiker Anekdoten

Das Klavierstück

Mozart, der immer zu allerhand Scherz aufgelegt war, wettete mit Haydn um sechs Flaschen Champagner, daß er sofort ein Stück komponieren werde, welches Haydn nicht vom Blatt abspielen könne. Haydn nahm die Wette an und Mozart warf schnell einige Noten auf das Papier.

Als Haydn sich damit ans Klavier setzte und zu spielen begann, hörte er plötzlich auf und rief: „Meine beiden Hände sind jetzt an die äußersten Enden der Klaviatur gelangt und zugleich soll ich eine Taste in der Mitte anschlagen? Das geht doch nicht!“

„Aber ich kann es“, antwortete Mozart, setzte sich ans Instrument, griff mit beiden Händen die Randtasten und schlug in der Mitte mit der Nasenspitze an. Haydn konnte das nicht nachmachen, denn seine Nasenform eignete sich dazu nicht. Er mußte also die sechs Flaschen Champagner bezahlen.

Die geistige Nahrung

Es gab Zeiten, in denen Franz Schubert den Wein mehr liebte, als die Musik. In einer solchen Zeit verordnete ihm sein Hausarzt und Freund, der auch ein guter Musikkenner war, ein paar Wochen Hausarrest und setzte ihm dabei auf Limonade.

„Du wirst in dieser Zeit fleißig komponieren können“, sagte er. Nach Ablauf einer Woche besuchte er seinen Patienten wieder und fragte: „Nun, bist du fleißig gewesen?“ „Außerordentlich“, gab Schubert zur Ant-

Auf einem Mißverständnis darüber, was denn eigentlich unter „Entnazifizierung“ und „Entmilitarisierung“ zu verstehen ist.

Die Auslese

Zuerst einige Titel: Paula Hitler: Mein Bruder Adolf — Wie Hitler wirklich war — Hitlers Jugendzeit — Adolf Hitler hat seine politische Einstellung geerbt. Goebbels ohne Maske — eine Biographie von Kurt Rieß. Rätsel um Ilse Koch, die geheimnisvolle Gefangene Schwarzer Magier Heinrich Himmler.

Wilhelm Scheidt: Gespräche mit Hitler — Das Märchen vom Teppich-Beißer — Hitlers folgenschwerster Wutausbruch — Wo blieben Hitlers Geheimwaffen? (Autor der ehemalige Leiter der Kriegswirtschaftsstelle im Reichsforschungsrat Dr. Georg Graue). — Dr. Schacht: Es gibt Auswege. Hans Grimm: Eine dörfliche Goethe-Rede. Edwin Erich Dwinger: Der große Treck — Untergang Ostpreußens. Wie die Bismarck unterging. Besuch bei General Halder. Die große Liebe Adolf Hitlers.

Ein „Kinderfreund“

Genug des „Geistes“? Aber etwas von dem, was unter diesen Überschriften zu lesen steht, dürfte das Bild abrunden: „Die Schwester Hitlers hat heute Gewissensbisse, weil sie ihrem Bruder so selten geschrieben hat...“ Paula Hitler erzählt, daß sie von ihrem Bruder manchmal Geschenke erhalten hat... Paula Hitler gibt offen zu, sich über die Erfolge ihres Bruders freute zu haben... Sie sagt: Adolf war ein Kinderfreund...“

Das für den Tod von Millionen verantwortliche Scheusal — ein Kinderfreund. Aber selbst dieses widerliche Zeug ist noch relativ harmlos, gemessen an anderem. Da ist z. B. das Blatt „Europa-Kurier“ („Die Stimme der Vertriebenen“). Es besteht fast ausschließlich aus offener Kriegshetze gegen die Völker des Ostens. Sätze wie diese gehören noch zu den mildesten:

„Die Vertriebenen aus dem Osten haben sich um Europa geschichtlich schon einige Male verdient gemacht. Im Donau-Elbe-Raum waren sie das Klammer-Element, das Europa im Osten stützte. Jetzt haben die Vertriebenen Deutschland und Oesterreich gegen den bolschewistischen Anstoß aus dem Osten immunisiert.“

Dann ist da „Das deutsche Echo“ — eine „Zeitung für Europa“. In einer Ausgabe finden wir die Autoren: Dr. Schacht, Edwin Erich Dwinger und Hans Grimm. Hier einige Kostproben:

„Hier beginnt nun Asien!“ sagt Dr. Schacht. „Beginnt Rußland. Mitten in Deutschland!... Im Land östlich der Elbe,“ beginnt Dr. Schacht von neuem, und sein Blick gleitet über den Horizont jenseits des Flusses, „lag meine zweite Heimat. Mein Gut. Jetzt haben es die Russen — mit allem, was es an Erinnerungen birgt... Ich wollte etwas leisten für das deutsche Volk. Wollte es vor allem von dem Fluch der Arbeitslosigkeit erlösen... Daß mir mein Vorhaben gelang, rechne ich mir, in aller Bescheidenheit, als historisches Verdienst an.“

Soweit Herr Dr. Schacht, der so besorgt war um das deutsche Volk, daß er es als

Vorsitzender des Reichsrüstungsrates unbedingte von der Arbeitslosigkeit befreien wollte, um es nach vollendeter Aufrüstung gleich auch noch von einigen Millionen möglicher Arbeitslosen zu befreien.

Die Ritter gen Osten!

Dann einer der führenden Nazi-Kriegsschriftsteller Edwin Erich Dwinger, heute auf der zeitgemäßen Linie der „Westeuropäischen Union“, aber wie zuvor Ritter gen Osten. Wer sagt da, die Hitler und seinesgleichen hätten den Feldzug im Osten verloren? Unsinn. Nur die Hiltersche Ardenner-Offensive hat den von den Generalen — und von Dwinger versteht sich — bereits sicher in der Tasche gehalten „Sieg“ im Osten verspielt:

„... Natürlich die besten SS-Divisionen, mit einem Material, wie wir es seit Jahren nicht kennen. Die neuesten Panzer, die letzten Geschütze... die ganze Truppe Sturmgewehr, alles natürlich Maschinenpistolen! Eines versichere ich euch unter Eid: Wenn wir die Divisionen hier hätten, würde nicht nur kein Russe Ostpreußen betreten, sondern er sogar wieder ins Laufen kommen, zudem im Trab von 1941!“

„Das Tollste von allem, meine Freunde, ist aber noch dies: Die Stunde reicht uns noch einmal die Hand, würden wir sie richtig nutzen, könnten wir noch mit blauen Augen herauskommen! Noch steht im Osten kaum ein Feind auf deutschem Boden, unser Ostpreußen ist wieder frei, in Polen läuft die Front noch um Warschau. Selbst die meisten Balkanländer sind noch intakt, um sie den Engländern als ordnung sanitäre zu übergeben. Lassen wir Eisenhorden Pläne nach seinem Fahrplan abrollen, ist er in wenigen Wochen auf unserem Armegebiet, denn mit drei

Das Erlebnis

Menzel hatte sich ausnahmsweise bereit erklärt, den Sohn einer befreundeten Familie zu unterrichten. Eines Tages erschien der Schüler eine ganze Stunde zu spät. „Verzeihen Exzellenz“, stammelte er ganz aufgeregt, „auf der Straße stießen zwei Wagen zusammen. Der eine Fahrer geriet unter die Räder. Da habe ich...“

„So“, unterbrach Menzel, „na, dann zeigen Sie mal die Skizze her.“

„Eine Skizze? Ich habe doch geholfen, den Verunglückten unter dem Wagen hervorzuholen und ins Krankenhaus zu schaffen!“

„Was“, rief empört die kleine Erzellenz, „solch ein Erlebnis und keine Skizze davon! Junger Mann, werden Sie Heilgehilfe, aber nicht Maler!“

Ardenner-Divisionen halten wir uns eher leicht. Ich möchte den General sehen, der das Gebiet, das er erobert hat, einem Verbündeten gibt, der nichts dafür getan hat. Im Grunde erfüllten wir damit auch nur den geheimen Wunsch Churchill, der sich nun schon seit Monaten nicht gegen Roosevelt durchsetzen kann.“

So wird der Hitler-Krieg im Osten nicht nur nachträglich gewonnen, sondern zum nächsten Gang aufgerufen.

„Der letzte Versuch deutscher Sehnsucht“

Aber es kommt schöner. Hans Grimm, der Mann, der die verbrecherische Lösung vom „Volk ohne Raum“ prägte, einer der ersten Trommler zum Angriffskrieg, kann heute eine „dörfliche Goethe-Rede“ halten, vor 5000 Zuhörern. Da sind solche Worte zu finden wie „Volkheit“ und solche Sätze wie:

„Die Ahnungslosen, die immer noch nicht wissen, was im ganz Großen gespielt wird, obgleich doch — ich möchte es einmal so ausdrücken dürfen — die marxistischen Bolschewiken an der Elbe und in Shanghai und vor Hongkong stehen.“

Und dann der Höhepunkt: „Wir als Deutsche meinen ja wohl alle, ein Recht dazu zu haben, daß unser Volk bei seinen Leistungen und seinem Fleiß seinen vielseitigen Begabungen an der vollen Entwicklung seiner Gaben und Fähigkeiten nicht gehemmt werden dürfe... Der letzte und größte Versuch deutscher Sehnsucht, jedwede auch unseres Volkes die Möglichkeit und das Recht freier Entwicklung und unverherrlichter Leistung trotz Versailles zu verschaffen, liegt seit wenigen Jahren hinter uns.“

Damit auch keiner daran zweifeln kann, um welchen „Versuch deutscher Sehnsucht“ es sich dabei handelt, erläutert der Autor, daß die Methoden, die in diesem „Verzweiflungskampf um eine neue Zeit“ angewandt wurden — aber wohlgerichtet, von der Führung und gegen die Führung, von allen Seiten — unerträglich gewesen seien.

Der Hitlerkrieg — „der letzte und größte Versuch deutscher Sehnsucht“. So geschrieben, vier Jahre nach Kriegsende, vier Jahre, nachdem die Welt die Schrecken Auschwitz und Maidanek und Treblinka in ihrem ganzen Ausmaß erfuhr. Vier Jahre nachdem die Regierungen der Westmächte ihren Völkern und dem deutschen Volk gelobten, Deutschland für immer vom Faschismus zu säubern... Sollte Thomas Mann sollten die vom Hitler-Faschismus überfallenen Völker sollte das von Hitler in die furchtbarste Katastrophe seiner Geschichte geführte deutsche Volk in seiner Mehrheit sich ein entmilitarisiertes Deutschland anders vorgestellt haben?

J. Sch.

Chu Teh, der Feldherr des neuen China

Ich sah Chu Teh zuletzt in seinem Hauptquartier. Er trug eine blaßgraue Baumwolluniform und einen dunkelwollenen Umhang aus einheimischem Gespinnst. Sein winziger Raum war nur von einer Holzkohlenpfanne erwärmt. Sein Gesicht war tief gezeichnet. Aber das waren die Furchen der Gedanken und die eines bewußt gelebten Lebens. Es wäre ein hartes Gesicht gewesen, wenn nicht das beständige Lächeln in seinen Mundwinkeln gewesen wäre, das fast unbegreifliche, optimistische Lächeln des chinesischen Volkes.

Vor 63 Jahren wurde er im Westen Chinas in der Szechwan-Provinz geboren. Sein Familienname ist Chu, das heißt „Rot“. Sein Vater nannte ihn Teh und das bedeutet „Jugend“. Wie prophezend kam bei Chu Teh diese eigenartige Koppelung der Namen zustande.

Chu Teh arbeitete viel in dem ärmlischen Landarbeiterhaus. Aber er lernte auch mit Ausdauer und erhielt die Stelle eines Dorfschullehrers. 1906 besuchte er die Militärakademie in Yuan. Aber das Wissen um die furchtbare Unterdrückung der Landarbeiter begleitete ihn immer. Er trat der ersten fortschrittlichen Organisation, der Tung Men Hui bei, die von Sun Yat Sen gegründet wurde. Er nahm an den Kämpfen zum Sturz der Manchu-Dynastie teil, schloß sich Sun Yat Sens neuer Kuomintang-Partei an und gewann so die Führung mit den jungen Männern, die die KP China gründeten.

Er besuchte Deutschland, studierte an der Göttinger Universität, durchreiste Europa und Amerika. Bei seiner Rückkehr wurde er von der Partei in seine Heimatprovinz Szechwan geschickt und später zur Zentrale Yangtse. Als Tschiang Kai-Schek seinen grausamen Kampf gegen die Demokraten begann, war er einer der Heerführer der Nanchang-Erhebung. Dieses war das erste Auftauchen bewaffneter kommunistischer Kräfte, aus denen sich später die Volksarmee entwickelte. Tschiang Kai-Schek rief große Truppenmassen gegen die Nanchang-Rebellen auf und nur unter großen Schwierigkeiten konnten diese nach Süchina fliehen. Allein 1200 Mann brachten es fertig, nach Hunan zurückzukehren, und es gelang ihnen, dort mit bewundernswertem Geschick die unterdrückten Landarbeiter zu organisieren. Groß und stark wurde die Volksarmee von Hunan und Fukien. Tschiang Kai-Schek versuchte sie mit amerika-

nischer Geld- und Waffenhilfe zu zerschlagen. Er bereitete eine Offensive gegen 380 000 Kämpfer der Volksarmee vor. Aber die Volksarmee durchbrach die Umzingelung der reaktionären Kuomintang- und marschierte den berühmten Langen Weg nach Nordchina und legte 8000 Meilen zurück, bevor sie bei Yanan gesammelt und im Jahre 1935 neu aufgestellt wurde.

1937 griffen die Japaner China an. Die Volksarmee, jetzt in „Achte Armee“ umbenannt, fiel unter Chu Tehs Leitung tief in den japanischen Bereich ein und rief die Bevölkerung zum nationalen Widerstand auf. Sie band die Hälfte der japanischen Armee und befreite Gebiete mit einer Bevölkerungszahl von 90 Millionen Menschen. Doch größere Aufgaben erwarteten Chu Teh, als die Volksarmee ihren Befreiungskampf gegen die reaktionäre Kuomintang begann.

Er wurde der engste Mitarbeiter Mao Tse Tungs und führte die Volksarmee von Sieg zu Sieg.

Chu Teh ist ein hervorragender Strateg. Was aber das Geheimnis seines Erfolges ist, das ist, daß seine Kriegsführung fortschrittlich ist. Es ist kein Zufall, daß Partei-Hauptquartier und Armee-Hauptquartier immer gemeinsam arbeiten. Militärische Strategie ist ein wesentlicher Teil der fortschrittlichen Ideen für eine neue Demokratie in China. Die Armee ist auf der unerschöpflichen Quelle des Volkes aufgebaut. Sie bringt die Bodenreform für die Bauern, besseres

Leben und Freiheit für alle, die daran mitarbeiten wollen, in China eine neue Ordnung aufzubauen.

Stimme aus dem Jenseits

Nach einem Bericht in der Zeitschrift „Neues Europa“ wurde in einer okkultistischen Sitzung mittels „Strahlen-Radiationen“ Hitler aus dem Jenseits zitiert. Er sprach: „Alle Gerichte, daß ich in Südamerika lebe, sind falsch. Ich bin am 30. April 1945 freiwillig aus dem Leben geschieden. Von hier aus sehe ich die Dinge anders, als während meinem Erdenwallens. Ich war das Opfer einer teuflischen Zerstörungswut und eines Machthabers. Rufen Sie mich an, falls Sie mich brauchen...“ Man ist einfach erschlagen...“

Warnendes Menetekel

In Lindau war kürzlich durch die Gemeinde eine neue Einwohnersteuer erhoben worden. Gleich darauf fand eine Festwoche statt und das idyllische Städtchen wurde reich beflaggt. Eines Morgens prangte an den Fahnenmasten große Schilder mit der Aufschrift: „Reservierte Galgen für unsere Stadtväter.“

Ohne weiteres!

Vor dem Scheidungsrichter erklärte die bekannte Filmschauspielerin Ginger Rogers, ihr Mann, der Schauspieler Jack Briggs, sei am Jahrestag ihrer Hochzeit zum Mittagessen nicht nach Hause gekommen, obwohl sie selbst das Essen bereitet habe. Sie wurde daraufhin ohne weiteres geschieden.

Ist das der Sinn des sozialen Wohnungsbaues?

Diskriminierung der Arbeitslosen in Karlsruhe

Die Stadtverwaltung brachte in der letzten Stadtratssitzung eine Vorlage zum Bau von 124 sogenannten Einfachwohnungen für soziale Elemente ein. Begründet wurde der Antrag mit der Notwendigkeit der Umquartierung zahlreicher Familien auf Grund von Räumungsurteilen. Nun soll im Gewann Killfeld zu der schon bestehenden Elendsbarackenstellung eine neue Kolonie hinzukommen, was bedeuten würde, daß verschiedene Hausbesitzer die ihnen unbequemen Mieter los würden und jede Familie, die ins Killfeld ziehen müßte, als sozial abgestempelt ist.

Für den Bau dieser Baracken, die man schamhaft mit dem Begriff Einfachwohnungen umschreibt, ist ein Kostenaufwand von 200 000 DM für zuerst 24 Wohneinheiten vorgesehen. Jede Wohnung in diesen Baracken kommt also im Durchschnitt auf 8333 DM. Mit Recht wies Stadtrat Dietz (KPD) die Stadtverwaltung darauf hin, daß für diesen Preis heute schon normale Wohnungen unter Verwendung preisparender Baustoffe gebaut werden können und verlangte, daß die Berechnung des Hochbauamtes überprüft werde.

Mit aller Entschiedenheit muß aber die Errichtung eines Stadtviertels für sogenannte Soziale abgelehnt werden. Vielfach erfolgen Räumungsurteile wegen Mietrückständen, die in der Mehrzahl der Fälle auf Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit oder zu geringen Verdienst angesichts der hohen Lebenshaltungskosten zurückzuführen sind. Und schließlich sind auch wirkliche soziale Menschen ein Produkt der gegenwärtigen gesellschaftlichen Zustände und man kann sie am wenigsten mit solchen Mitteln erfolgreich bekämpfen.

Die kommunistische Stadtratsfraktion ist der wärmste Befürworter eines wirklichen sozialen Wohnungsbaues, sie mußte aber einer Vorlage die Zustimmung versagen, die den sozialen Barackenbau fördert und Gelder vergeudet, die viel zweckmäßiger zum Bau von anständigen Wohnungen verwendet würden. Die anderen Fraktionen, besonders die Vertreter des privaten Hausbesitzes der DVP und CDU stimmten natürlich für den Antrag des Bürgermeisteramtes.

Das Todesurteil sprach die Not

Auf tragische Weise verlor eine Mutter am Montag ihre kaum 20jährige Tochter. Diese starb im Vinzentiuskrankenhaus an den Folgen einer unsachgemäßen Abtreibung.

die sie höchstwahrscheinlich selbst vorgenommen hatte.

Da die Mütter der Verunglückten noch zwei unermüdete Kinder durch ihre Arbeit erhalten muß und die häufige Arbeitslosigkeit der ältesten Tochter als schwere zusätzliche Belastung empfand, konnte es diese nicht wagen, einen weiteren Esser in die Familie zu bringen. Selbst der Staatsanwalt mußte zugeben, daß das Mädchen von ihrem gelegentlichen geringen Gehalt als Kellnerin kaum ihr Kind hätte erhalten können. Auch wenn wir die Haltlosigkeit eines jungen Menschen bedauern, der sich zu einer Verzweiflungstat hinreißen ließ, das Todesurteil wurde von anderer Instanz gesprochen. Soziale Not und der verhängnisvolle § 218 tragen die letzte Verantwortung. Wo

Aus dem letzten Bericht des Arbeitsamtes

Frauen- und Jugendarbeitslosigkeit

Der Zugang von arbeitslosen Frauen hat wiederum das Bild verschlechtert, trotzdem die Zahl der beschäftigungslosen Männer etwas abgenommen hat. Es sind bei den Frauen dieselben Gründe, die schon seit einigen Monaten beobachtet werden, Zuzug aus Kreisen, die bisher nicht berufstätig waren, aber durch die Notlage gezwungen sind, sich irgend eine Arbeit zu suchen.

Eine besondere Sorge ist die steigende Zahl der arbeitslosen Jugendlichen. Am 30. September dieses Jahres waren beim Arbeitsamt 1266 männliche und 1599 weibliche arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahren registriert. Davon haben insgesamt 743 eine abgeschlossene Lehrzeit hinter sich. Den stärksten Anteil stellen die Metallberufe mit 60 Prozent bei den männlichen und das Bekleidungs-gewerbe mit ebenfalls 60 Prozent bei den weiblichen Jugendlichen.

Diese Zahlen zeigen mit erschreckender Deutlichkeit die Auswirkungen der reaktionären Wirtschaftspolitik unter dem Kommando der westlichen Kolonialherren. Über 5000 Arbeits- und Lehrstellensuchenden stehen insgesamt nur 147 offene Stellen gegenüber. 18 Betriebe, sind zur Kurzarbeit übergegangen und zehn weitere Firmen haben Kurzarbeit beantragt. Von öffentlichen Wohlfahrtsanstalten erhalten in Karlsruhe-Stadt 13 561 und im Landkreis Karlsruhe 7 702 Personen Unterstützung. So sieht das wahre Gesicht des deutschen Westens hinter dem goldenen Vorhang aus.

Karlsruher Versammlungskalender

Sitzung der Polleiter der Stadtortgruppen:

31. Okt. 1949, 18.00 Uhr, im Parteibüro.

Knielingen:

2. Nov. 1949, 20.30 Uhr, in der „Rose“ Mitgliederversammlung.

Südstadt:

3. Nov. 1949, 20.00 Uhr, im „Schrempf-schen Bierkeller“, Mitgliederversammlung.

Mühlburg:

4. Nov. 1949, 20.00 Uhr, in der „Brunnenstube“, Mitgliederversammlung.

Oststadt:

4. Nov. 1949, 20.00 Uhr, im „Georg Friedrich“, Mitgliederversammlung.

Söllingen:

5. Nov. 1949, 20.00 Uhr, im Rathaussaal, Mitgliederversammlung.

Ettlingen:

5. Nov. 1949, 20.00 Uhr, im „Engel“, Mitgliederversammlung.

Meine Meinung

Die unter dieser Rubrik veröffentlichten Einsendungen unserer Leser decken sich nicht in jedem Falle mit der Auffassung der Redaktion.

Macht Armut rechtlos?

Ich benütze schon seit Jahren den Lesesaal der Universitätsbibliothek Heidelberg und dort immer, auch beim Personal, ein gern gesehener Gast. Leider habe ich nur sehr schlechte Kleidung — ich wurde in Mannheim total ausgebombt und besitze auch kein Geld zur Neuausschaffung von Garderobe. Die Garderobefrau kritisierte häufig mein ärmliches Äußere, und da ich im Lesesaal während der Lektüre einige Male eingekippt bin, meldete sie mich dem Direktor, der mir nun den Lesesaal verboten hat. Ist es verwunderlich, wenn ein 64jähriger, einmal einschläft, wo doch selbst die jungen Studenten hin und wieder einnicken, wie ich beobachtet konnte. In diesem Falle sagt aber niemand etwas, während man einen alten Mann vor die Türe setzt.

Ich war früher Buchhändler, und auch die Universitätsbibliothek Heidelberg gehörte zu meinen Kunden. Prof. Häberle führt sogar meinen Namen in seiner Bibliographie an. Ich bin ohne Arbeit und ohne Einkommen und möchte meine Zeit nützlich verbringen durch Besuch der Universitätsbibliothek, weil ohne Bücher das Leben mir zu trostlos erscheint. Der Besuch des Lesesaales war für mich eine liebe Gewohnheit, und mein Lebensabend erhielt durch geistige Beschäftigung einen Sinn. Das Verbot des Direktors gibt mir die bittere Erkenntnis daß Armut anscheinend schutzlos und rechtlos ist. Ein Leser aus Heidelberg.

UNTERRICHT

Private Handelsschule GRÖNE Mannheim Tulliastraße 14 Tel. 42424

STELLENANGEBOTE

Straßenverkäufer für Tageszeitung und Illustrierte bei guter Verdienstmöglichkeit gesucht.

BEKANNTMACHUNGEN

Ausgabe der Treibstoffmarken Die Treibstoffmarken für den Monat November 1949 werden bei der Verkehrsabteilung des Amtes für öffentliche Ordnung, L 6, 1, Zimmer 13, wie folgt ausgegeben:

- A-K am Donnerstag, dem 27. 10. 1949
L-Z am Freitag, dem 28. 10. 1949
jeweils von 8-12 Uhr.

G S C H T S E M P F E H L U N G E N

Damenschreibisch u. runder Tisch, Chippendale, schw. Ausziehtisch, gr. Schrank m. Fächern u. Truhe f. Büro od. Wirtsch., gr. Wanduhr, Billig! Schreiner Stefan, H 5, 3-4, Tel. 419 78.

WÄSCHE Spezial-Geschäft GOSWIMMS MANNHEIM F 2,2 immer preiswert und gut

EKAHA-Schwellsichtkarte! P. Widany, Mannheim, L 5, 6, Tel. 429 54.
Bestellung auf schön. Weihnachtsblume, Weiß- und Rottönen. In Ware, nimmt entgegen Georg Rupp, Gaugenhaid, Calwer Land.

VERKAUF

Eisschrank, 1450 Ltr., neuw., günst. zu verk. Tel. 441 86 Mannheim.
Türen gut erhalten, zu verkaufen. Stalf, Neckarau, Schmiedgasse 9.

KRAFTFAHRZEUGE

Der südwestdeutsche Auto-Nachweis Mannheim vermittelt nur ausgesucht einwandfreie gebr. Pkw und hat 2 gute Objekte stets Kassakäufer. Büro: August-Bebel-Straße 78, Tel. 405 04.

STELLENGESUCHE

Schlosser 28 J., Heimkehrer, sucht Arbeit, mögl. i. Kesselschmiede od. dgl. Angebote unter T 00369 a. d. Verl.
Seltensieder sucht passende Beschäftigung. Angebote unter T 00369 a. d. Verl.

HOSEN MOLL Mannheim, G 6, 7

Der Theodor... der Theodor, der macht uns allen etwas vor, er spart viel Geld, Verdruß und Groll, trägt Fertigkeitung von Hosen-Moll.

Schmid 42 J., langjähr. Prax. i. Kunstschmiedehandwerk sucht neuen Wirkungskreis. Ang. unt. T 00374 a. d. Verl.

Hobler 39 J., sucht Beschäftig. in Kistenfabrik od. ähnl. Werk. Ang. unt. T 00375 a. d. Verl.

Jg. Frau sucht Halbtagsbeschäftigung in Haushalt oder Geschäft. Angebote unter T 00376 a. d. Verl.

Junge sucht Beschäftig. als Ausläufer. Angebote unter T 00377 a. d. Verl.

Putzfrau sucht noch Arbeit f. d. Abendstunden. Ang. unt. 00378 a. d. Verl.

Schlosserlehrling sucht Arbeitsplatz in der Nähe Mannheims. Ang. unt. 00379 a. d. Verl.

Kriegsversehrter sucht Heimarbeit. Ang. unt. T 00380 a. d. Verl.

Verkäufer der Textilbranche sucht neue Arbeitsstelle. Ang. unt. T 00381 a. d. Verl.

Portier sucht leichte Stelle in kleinerem Unternehmen. Ang. unt. T 00382 a. d. Verl.

Rüstige Frau sucht Arbeit in größerem Haushalt. Ang. unt. T 00383 a. d. Verl.

Schlafzimmer

in allen Holzarten in friedensmäßig. Ausfüh. direkt vom Hersteller

Möbel Angst

Mannheim-Neckarstadt Lortzingstraße 12 zweite Querstraße von der Mittelstraße links

Modellschreiner

40 J., sucht Beschäftigung, mögl. in Metallguss- oder Stahlwerk. Ang. unt. T 00372 a. d. Verl.

Maschinenschlosser

36 J., sucht passendem Beschäftig. in größerem Werk. Ang. unt. T 00373 a. d. Verl.

Polsterer

34 J., an selbst. Arbeit gewöhnt, sucht Arbeitsplatz. Ang. unter T 00384 a. d. Verl.

KAUFGESUCHE

Schlittschuhe mit Stiefel, neuwertig zu kaufen gesucht. Mannheim, Goethestr. 6 b. Kolb.

Küchenbüffet gut erhalten zu kaufen gesucht. Angeb. unt. M. 301 a. d. Verlag.

Kleiderschrank, neuwertig, zu angemessenem Preis gesucht. Sacherer, Mannheim, S 3, 10.

Meißen-Figuren Tassen, Service, auch Einzelteile, und anderes gutes Porzellan, su. Kunsthandel Hofmeister-Roy, Mannheim, N 7, 8, Tel. 434 40.

Weinheimer Geschäfte empfehlen sich!

SPIELWAREN die jedes Kinderherz erfreuen, finden Sie in reicher Auswahl in unserer neuen Spielwarenabteilung für Jungen und Mädels!

GUT, aber trotzdem BILLIG kaufen Sie immer im Modehaus Frieda Voos WEINHEIM, (neben Café Schütz)

Anzeigenannahme für WEINHEIM Geschäftsstelle: Hauptstr. 88

Fahren Sie nach Weinheim? Dann vergessen Sie nicht, einmal einen Besuch bei Delert zu machen. Herrenkleidung aller Art Sportartikel u. Kleidung Herrenartikel u. Wäsche

Leser kauft bei unseren Inserenten! Unser bewährtes Berufsschuhwerk ist in Stadt und Land seit Jahren als gut bekannt Schuh-Schütz

Wir verlegen unser Geschäft von Hauptstraße 99 nach der Bahnhofstraße (Ecke Ehretstr.) Neueröffnung Samstag, den 29. 10. 1949 9 Uhr Elisabeth Hemberger

Sportschuhe, Kinderspiel Zwiegenäbige Herrenschuhe in prima Qualität äußerst preiswert Schuhhaus Spring, Weinheim

...und das ist unser Angebot: Herren-Konfektion bietet Ihnen eine enorme Auswahl Anzüge 1 und 2reihig, Nadelstreifen 142,-, 119,-, 115,-, 105,- Wintermäntel in viel. Formen u. Dessins 148,-, 130,-, 128,-, 119,- Lodenmäntel beste Febrh. 99,- 88,- 79,- Bevor Sie wählen, besuchen Sie uns bitte unverbindlich! Kaufhaus CARL WILDS Weinheim

Märklin-Eisenbahn Spur 00, 110 V., gesucht. Angebote unter M 303 a. d. Verl.

Altgold und Altsilber kauft Degussa, Deutsche Gold- u. Silberscheidanstalt, Mannheim, B 2, 1.

Schweizerdeggen für Hausdruckerei gesucht. Ang. an Felina GmbH, Mannheim, Lg. Rötterstr. 11-19.

Herren-Fahrrad zu kaufen gesucht. Angebote unt. M 304 an den Verlag.

Suche 300 ccm Stock-Motor, evtl. m. Getriebe. U. Bantspach, Heiligkreuz, Post Großsachsen a. d. B.

Riedmann-Seumer MANNHEIM N 7 & 8 Büromaschinen

Vitrine, Kommode, Barock- und Biedermeier-Möbel sucht Kunsthandel Hoffmeister-Roy, Mannheim, N 7, 8, Tel. 434 40

Kaufe laufend gebr. Möbel all. Art H. Pfarrer, Heidelberg, Ketten-gasse 19, Tel. 2347.

Juwelen, Gold, Silber, Platin kauft zu Höchstpreisen Egon Günther, Mannheim, Lg. Rötterstr. 19-20.

Bücher, Romane, Kriminalromane, Fachliteratur laufend gesucht. Ang. unt. M 305 an den Verlag.

Gebr. Spielwaren noch gut erhalten, für 3jährigen Jungen gesucht. Ang. unt. M 306 an den Verlag.

Felle aller Art, besond. Kaninchenfelle kauft Ild. Härtel, Mannh.-Neckarau, Mundenheimer Str. (Altriper Str.)

Ladentisch zu kaufen gesucht. Angebote unt. M 307 an den Verlag.

Persianer evtl. auch Seal baldigst zu kaufen gesucht. Angebote unter M 308 a. d. Verlag.

Kindersportwagen schnellstens zu kaufen gesucht. Angebote unter M 309 a. d. Verl.

Küchenschrank zu annehmbarer Preis zu kauf. gesucht Ang. unter M 310 a. d. Verl.

Herren-Wintermantel preiswert zu kaufen gesucht. Angebote unter M 311 a. d. Verl.

Japan. Wörterbuch dringend gesucht. Angebote unt. M 312 an den Verlag.

Nähmaschine mögl. Mod. Pfaff, sofort zu kauf. gesucht. Ang. unter M 313 a. d. Verlag.

Leica-Objektiv Hektor 1,9 F. 7,3 cm gesucht. Ange. unt. M 314 a. d. Verl.

Bald kommt jetzt meine große Zeit Stell' Holz und Kohlen mir bereit!

Ein guter Rat

für alle schneidenden Hausfrauen! Arbeiten Sie jetzt wieder mit dem neuen Alma - Zuschneide-Werk 70 neueste Modelle und etwa 700 Einzelschnitte. Sie können damit alle Garderoben und Wäsche für jede Figur in 40 Größen für Damen, Herren u. Kinder selbst herstellen. Jeder Schnitt ein Maß schnitt. Darum fällt das lästige Anprobieren fort. Einmalige Anschaffung, Preis 4,90 DM, bei Nachnahme 5,80 DM. Bestellen-Sie noch heute. ALMA - MODE - VERLAG, (14a) Ludwigsburg 82, Postfach 141

Hygien. Gummischutz 12 Stück 4,- Frauenschutztbl. 12 Stück 5,- Moderner Ehekalender Stück 3,50 und 50 Pf. Porto bei Einsendung im Brief (Nachnahme 40 Pf. mehr) send. unauflösl. HANSA-BARTH Lübeck, Kephahaus 143.2

GEWERKSCHAFTEN

Gewerkschaftsbund Württh.-Baden. Achtung! Betriebsräte-Vollversammlung. Am Freitag, dem 28. Oktbr. nachm. 14.30 Uhr, findet im Mensaal (Rosengarten) eine Betriebsräte-Vollversammlung statt, in welcher d. Kollege Engelhardt, Heidelberg, über den ersten Bundeskongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes in München berichten wird. Wir bitten unsere Betriebsräte um pünktliches und vollzähliges Erscheinen. Ortsausschuß Mannheim.

Wer leiht allem Geschäftsmann 300.- bis 500.- DM auf ca 6 Monate. Offerten unt. Nr. 2097 an d. Verl.

Bestellschein Hiermit bestelle(n) ich / wir ab Erscheinen 1. 11. 49) die Tageszeitung BADISCHES VOLKSECHO DIE ZEITUNG ALLER SCHAFFENDEN durch Träger - Post - Abholer (Nichtzutreffendes streichen) zum monatlichen Bezugspreis von DM 2,05 zuzüglich Trärgeld „ 0,45 zuzüglich Porto bei Lieferung durch die Post „ „ „ „ 0,54 Vor- und Zuname: Beruf: Wohnort: Straße: Stadtteil: Datum: (Unterschrift) (Ausschneiden und an den Verlag einsenden)

Firmen die unsere Leser als Kunden schätzen!

NATIONALTHEATER MANNHEIM

Spielplan vom 29. Oktober bis 7. November 1949

Samstag, 29. Oktober, Miete B Nr. 4: „Die Entführung aus dem Serail“, Singspiel von W. A. Mozart, Anfang 20 Uhr, Ende etwa 22.30 Uhr.

Sonntag, 30. Oktober, Eintrittspreise 0,50 bis 3,- DM, vorm.: Morgenveranstaltung, Hans Pfitzner und Richard Strauß, Leitung: Richard Laugs, Solfisten: Scheibenhof, Mendius, Muser, Nationaltheater-Orchester, Anfang 11 Uhr, Ende etwa 13 Uhr.

Sonntag, 30. Oktober, außer Miete, Nachmittagsvorstellung zu ermäßigten Preisen: „Was ihr wollt“, Lustspiel von W. Shakespeare, Anfang 15 Uhr, Ende etwa 17.30 Uhr.

Sonntag, 30. Oktober, außer Miete, abends: „Im weißen Rößl“, Operette von R. Benatzky, Anfang 19.30 Uhr, Ende etwa 22.30 Uhr.

Montag, 31. Oktober, Miete N Nr. 4: „Walzerzauber“, Operette von Willy Werner Göttig, Musik von Joh. Strauß, Anfang 20.00 Uhr, Ende etwa 22.30 Uhr.

Dienstag, 1. November, Miete J Nr. 4: „Tannhäuser“, Oper von Richard Wagner, Anfang 19.00 Uhr, Ende etwa 22.30 Uhr.

Mittwoch, 2. November, Miete F Nr. 4: „Fanny“, Komödie von Marcel Pagnol, Anfang 20.00 Uhr, Ende etwa 22.40 Uhr.

Donnerstag, 3. November, Miete K Nr. 4: Zum 25. Male: „Im weißen Rößl“, Operette von R. Benatzky, Anfang 19.30 Uhr, Ende etwa 22.30 Uhr.

Freitag, 4. November, Miete A Nr. 4: „Die Entführung aus dem Serail“, Singspiel von W. A. Mozart, Anfang 20 Uhr, Ende etwa 22.30 Uhr.

Samstag, 5. November, Miete L Nr. 4: „Fanny“, Komödie von Marcel Pagnol, Anfang 20 Uhr, Ende etwa 22.40 Uhr.

Sonntag, 6. November, Eintrittspreise 0,50-3,- DM: Morgenveranstaltung: Zum 1. Male: „Der Kammerjäger“, Drei Szenen von Frank Wedekind, Anfang 11 Uhr, Ende etwa 13 Uhr.

Sonntag, 6. November, abends, außer Miete: „Walzerzauber“, Operette von Willy Werner Göttig, Musik von Joh. Strauß, Anfang 19 Uhr, Ende etwa 22 Uhr.

Montag, 7. November, Miete C Nr. 4: „Was ihr wollt“, Lustspiel von W. Shakespeare, Anfang 20 Uhr, Ende etwa 22.30 Uhr.

Die Platzmieter werden darauf aufmerksam gemacht, daß die 2. Rate des Mietpreises am 15. November 1949 fällig ist. Zahlungen können ab sofort täglich von 10-13 Uhr und 14-18 Uhr (ausgenommen Samstag-nachmittag- und sonntags) unter Vorlage des Platzausweises an der Theaterkasse erfolgen. Wir bitten unsere Mieter, von der früheren Zahlungsmöglichkeit ausgiebig Gebrauch zu machen, damit ein zu großer Andrang am 15. November vermieden wird.

Film von Heute **VORANZEIGE ab Freitag**

ALSTER LICHTSPIELE
0 3 6 TEL 44647

Auf Grund der großen Nachfrage bereits ab heute:
ELISABETH BERGNER in
„Katharina die Große“
Der dramatische Aufstieg einer kleinen deutschen Prinzessin zur unumschränkten Herrscherin Rußlands
Täglich: 14.00, 16.00, 18.15, 20.30 Uhr
Donnerstag 20.30 Uhr keine Filmvorstellung (Konzert)

Capitol
AM MESSPLATZ TEL 51186

Abenteuer in der Südsee
Idyllische Südecaufnahmen wechseln mit spannenden und hinreißenden Szenen ab
Tägl.: 14.00, 16.30, 19.00 u. 21.00

Michael Rennie u. Moira Lister
„Bigamie“
Die dramatische Enthüllung des Geheimnisses zweier Schwestern
Mord - Erpressung - Skandal!

PALAST
BREITESTR. J16 TEL 44635

Ein tolles Lustspiel mit Gust. Fröhlich, Winnie Markus
„Diese Nacht vergeht ich nie“
Beginn: 19.00, 11.40, 13.40, 15.40, 17.45, 20.00 u. 22.00 Uhr

Ein Mann im Blickfeld der Zeit
„Gröning“
Ein Dokumentarfilm, den jeder sehen muß

ALSTER LICHTSPIELE
Das Theater an den Planken

Dienstag, den 1. November 1949, 20.30 Uhr:
Einmaliges Bühnengastspiel
ELISABETH BERGNER

Cocteau: Die menschliche Stimme — Shaw: Gerichtsszene aus „Heilige Johanna“ — Schnitzler: Fr. Elise — Shakespeare — Goethe — Rilke u. a.

Eintrittspreise: DM 2.— bis 8.—
Vorverkauf: Alster-Büro; Zigarren-Schmitt, P 5; Schleicher-Kiosk Tattersall und Wasserturm

LICHTSPIELHAUS MÜLLER
Nur 4 Tage

Die lustigen Vagabunden

Ein tolles Lustspiel mit Rudi Godden, Johannes Heesters, Rudolf Platte, Rudolf Carl, Mady Rahl und Carolo Höhn

Beginn: 16.00, 18.15, 20.30, 22.45
14.00 Uhr

Mittelstr. 41, Tel. 51186



Warum noch warten?

Sie sollten Ihren Mantel nicht erst kaufen, wenn die Kälte Sie dazu zwingt, sich schnell zu entscheiden. — Jetzt können Sie in aller Ruhe Ihre Wahl treffen, können Preise und Qualitäten ohne Hast vergleichen. Die neuen Modelle sind da! Warum wollen Sie noch warten? Wir werden Sie gut bedienen!

HAUPTPREISLAGEN
86.- 98.- 129.- 164.-

BRAUN
MANNHEIM · K1.1-3

Erstaunlich rasche Hilfe

bei Hautschäden aller Art, Pickeln, Hautausschlag, Verbrennungen, Wundsein, brennenden Füßen und starker Schweißabsonderung bringt Klosterfrau-Aktiv-Puder! Verbraucher schildern in Dankschreiben seine verbührende Wirkung. Fachärzte bezeichnen ihn als einen bedeutenden Fortschritt.

Klosterfrau-Aktiv-Puder ist in allen Apotheken und Drogerien ab DM — 95 erhältlich.

Werden auch Sie Kunde
unserer neuengerichteten
Leihbücherei

Wir sind in der Lage, alle Leserwünsche zu erfüllen.
Bei Eintritt in die Bücherei wird 1 Buch gratis gegeben.

Volksbuchhandlung - S 3, 10

Früher, jetzt und künftig

TEXTILHAUS
Jacob
WEINHEIM

das Haus, das jeden anzieht

Eine kleine Auswahl der „Neuen Radio-Geräte“ aus meinem reichh. Lager der Saison 49/1950

Braun Phono Super	595.— DM
Graetz, 151 W	525,00 DM
Saba Reporter	525,00 DM
Blaupunkt, 6 W 648 H	490,00 DM
Blaupunkt, 6 W 648 P	460,00 DM
Blaupunkt, T 499	425,00 DM
Blaupunkt, 4 W 649	325,00 DM
Weltklang, 406 W	406,00 DM
Weitklang, 288 GW	288,00 DM
Tonfunk Fidele	298,00 DM
Löwe Komet	298,00 DM
Schaub Rubin	278,00 DM

Achten Sie bitte auf meine Teilzahlungsbedingungen!
Anzahlung nach Vereinbarung, der Restbetrag in 5, 10 und 15 Monatsraten

Nur bei Radio-Brausch
Mannheim-Waldhof, Oppauer Straße 26
Plattenspieler - Schallplatten - Elektro-Herde auch auf Teilzahlung!

BILLIG! BILLIG! BILLIG!
ROH-MÖBEL

Betten ... 45,- 58,- 75,- 85,-
Nachtische 32,- 40,- 56,-
Kommoden 38,- 76,- 96,- 138,-
Schränke, 1tür. 80,- 90,-
2tür. ... 118,- 128,- 138,- 148,-
3tür. ... 178,- 215,- 235,- 265,-
4tür. ... 285,- 325,- 345,-

Hch. Baumann & Co.
Qu 5, 4 MANNHEIM Qu 5, 4

8 Für **DM 5,25**

Berthold Rösch
Färberei und chem. Reinigung

Mannheim - Seckenheim
Tel. 472 93

6 vollständige Essen
In unserem Mittag- oder Abend-Abonnement

Jmbücherei Ufer-Passage
Das Bunkerkapitalhaus neben der Hauptfeuerwache

Makkaroni 500 g
Spaghetti -50
Nudeln
Spätzle

LENSING
H 5, 1

MÖBEL VON Treffger

„... gute Freunde für's ganze Leben!“

MÖBELFABRIK UND EINRICHTUNGSHAUS
MANNHEIM · O 5, 1

Celluloid-Türschoner
in allen Farben

Teigschaber — Gefüßelringe fertigen in allen Farben

HEINRICH FRIES & CO.
Celluloidwarenfabrik
Mannheim Tel. 448 01
Bismarckpl. 10 - Tattersallstr. 17

BLUMEN Roters vorm. Wiederhold
Mannheim, D 2, 1 Telephone 502 59

Das Blumenhaus für Qualität
Täglich frische Blumen aller Art - Moderne Kranzbinderei
Reichhaltige Auswahl zu Allerheiligen!

Billig — Billig

Wieder wie nach alter Weise Gute Ware - niedrige Preise
Merke Dir auf jeden Fall

MÖBELHAUS Binsenhöfer
MANNHEIM - AM TATTERSALL
35 Jahre Möbelgeschäft

Neu eröffnet ab 1. Oktober
Aenne Krath - Mannheim, J 2, 15b
Textilien, Kurz- und Gummiwaren
Zur Regenperiode empfehle ich meine äußerst preiswerten Gummimäntel

RADIO-HOFFMANN
G 2, 7, Marktplatz Telephone 517 70
Geräte der neuen Saison in reicher Auswahl
Zahlungserleichterung

Der Weltuntergang

ging nicht in Erfüllung, aber Ihr Wunsch, Geld zu verdienen, wird sich erfüllen! Das Heizwunder hilft Ihnen dazu, denn es spart b. über 30 % Brennmaterial. Viel Wärme geht Ihnen besonders, b. kurz. Ofenrohr verlor, weil diese so, in den Kamin geht. Dieser Wärmeverlust, welcher ein Geldverschwendung gleichkommt, kann Sie so, Einhalt biet, d. Einsetzen d. ges. gesch. Heizkörper. Trotz Ersparnis schnell Koch, bess. Backen, Feuer brennt nicht so schnell ab. Vor allen Dingen, eine mollige Wärme im Zimmer. Ein Versuch wird auch Sie überzeugen. Verl. Sie kostenlos Prospekt

MAX LOSSNER, Ziegelhausen bei Heidelberg, Hauptstraße 8
Metallwaren-Versand

Herdplatte entweilt dann so, Maß nehm. Ich lief. Ihnen diese in jeder Größe und auf Wunsch in ein, erstklass. Spar-Heiz-Schnellkochpl. (s. Abb.) Heizplatten auch ohne Herdplatte lieferb. Bei Bestellung bitte 2

Die neuen **Radiomodelle**

Alle führenden Fabrikate in großer Auswahl!

Bequeme Teilzahlung bis 10 Monatsraten
Plattenspieler, Schränke in allen Ausführungen

Radio-Worbertz
Heidelberg, Hauptstraße 79

Sämtliche Lederbekleidung u. wasserdichte Motorradfahrerausrüstung sowie Wintersportbekleidung direkt vom Fachmann

Zednik, Heidelberg, Neugasse 17
Gehr. Lederbekleidung wird repariert u. gefärbt

In 8 Minuten
Paßbilder
4 Stück DM 1.—
Photomaton
Heidelberg, Hauptstraße 32
(Braun'sche Buchhandlung)

Kugellager
in allen gäng. Größen
FINDLING, (17a) Ettlingen 62
Lechäiterstr. 1.

Schlafzimmer und Küchen
äußerst günstig bei
Möbel-Müller
d. bek. Möbelfachgeschäft
Heidelberg, Bahnhofstraße 19
Ecke Goethestraße
Kein Laden, nur Lager

Haben Sie Ratten?
Käfer, Schaben, Mäuse in Ihrem friedlichen Gehäuse schützt selbst Ihr ruhiges Gewissen
Sie nicht vor Wanzenbissen, dann wenden Sie sich an
H. KUNDEL, Heidelberg
Lauerstraße 5
100%ige Beseitigung bei strengster Diskretion

Spare auch Du

WELTSPARTAG
28. OKTOBER 1949

zum Welt-Spartag
28. Okt. 1949

Städt. Sparkasse Mannheim
Bad. Komm. Landesbank - Girozentrale - Mannheim